

Antrag

Initiator*innen: Jusos Dresden (dort beschlossen am: 21.11.2023)

Titel: **Niemals wieder ist jetzt! Auch in Dresden die
Sicherheit und Sichtbarkeit von jüdischem
Leben verbessern**

Antragstext

1 Der Angriff der islamistischen Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 stellt eine
2 Zäsur dar. Für uns ist klar: der Schutz des Staates Israel muss eine der
3 wichtigsten Aufgaben der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik sein. Doch
4 nicht nur die Sicherheit der Bevölkerung Israels hat sich seit dem 7. Oktober
5 drastisch verschlechtert. Auch in Deutschland lebende Jüd:innen erfahren leider
6 verstärkt Ausgrenzung und Gewalt. Wir haben die Pflicht, diesen und jeden
7 Antisemitismus zu bekämpfen. Leider kann Antisemitismus aber nicht von einem Tag
8 auf den anderen besiegt werden. Und auch wenn die Verfolgung und Bestrafung
9 antisemitischer Handlungen sowie die zivile und militärische Unterstützung
10 Israels wichtig sind, so braucht es auch nachhaltigere Lösungen zur Bekämpfung
11 des Antisemitismus in Deutschland. Genau diese nachhaltigen Lösungen beginnen
12 meist im kleinen - in Familien, in Freundschaften, im Verein und an den Schulen.
13 Die Bekämpfung von Antisemitismus muss daher lokal in den Kommunen beginnen. In
14 Dresden kann und muss hierbei einiges besser laufen.

15 Da sich die Sicherheitslage für Jüd:innen leider nicht in kurzer Zeit verbessern
16 wird, braucht es mehr Schutz. Es ist die traurige Realität, dass die Polizei
17 jüdische Einrichtungen besonders schützen muss. Aber auch architektonisch kann
18 das Umfeld von jüdischen Einrichtungen sicherer gemacht werden, beispielsweise
19 durch eine gute Beleuchtung. Wir fordern von der Dresdener Stadtverwaltung einen
20 engen Austausch mit den jüdischen Gemeinden und möglichst schnelle und
21 unkomplizierte Umsetzung von deren Wünschen, wenn es genau um diese
22 sicherheitsrelevante Umgebungsgestaltung geht. Allgemein muss die
23 Stadtverwaltung schlicht und einfach eine ansprechbare Partnerin der Jüd:innen

Dresdens sein - eine vermeintliche Selbstverständlichkeit, an der es aber in Vergangenheit teilweise gemangelt hat.

Bei Versammlungen muss die Dresdner Versammlungsbehörde genau darauf achten, ob diese angemeldeten Demonstrationen das Potential haben, jüdische Einrichtungen beziehungsweise deren Besucher:innen zu bedrohen oder gar anzugreifen. In diesem Falle müssen alle rechtsstaatlichen Mittel genutzt werden, um die Versammlung zu verhindern oder zumindest einzuschränken.

Zur Bekämpfung des Antisemitismus benötigt es jedoch insbesondere kulturelle Begegnung und Bildungsarbeit. Innerhalb der deutschen Erinnerungskultur hat die Aufklärung über die Shoa völlig zurecht einen zentralen Standpunkt. Dresden soll sich daher dafür einsetzen, das Dresdner Schüler:innen während ihrer Schulzeit verpflichtend ein Konzentrationslager besichtigen. Wichtig ist aber auch, dass sich die Thematisierung jüdisch-deutscher Geschichte und Kultur nicht nur auf die Shoa beziehungsweise den gesamten Antisemitismus während und vor der NS-Zeit beschränkt.

Nichtjüdische Deutsche sollten Erfahrungen mit jüdischer Kultur und jüdischem Alltagsleben abseits der Schulbildung machen können. Der Austausch mit den jüdischen Gemeinden und der Besuch von Synagogen und Kulturvereinen kann dabei eine zentrale Rolle spielen, damit junge Menschen die Realität jüdischen Lebens abseits von Klischees und Zerrbildern kennenlernen. Die Stadt als Schulträgerin und das Land Sachsen sollten hier ihre Möglichkeiten ausschöpfen, um bei den Schulen für entsprechende Projekte und Kooperationen zu werben.

Für eine bessere Sichtbarkeit könnte auch ein Museum für jüdische Geschichte in Dresden und Sachsen beitragen. In Dresden gibt es neben Gedenkstätten wie der am Alten Leipziger Bahnhof keine Ausstellung, die sich explizit mit jüdischer Geschichte geschweige denn mit jüdischer Kultur befasst. Planungen zum Bau eines jüdischen Museums in Dresden laufen derzeit, was wir ausdrücklich unterstützen. In den verschiedenen Konzepten der Planungen mangelt es jedoch teilweise an einer Perspektive für einen gleichen Stellenwert im Vergleich zu den anderen hochwertigen Museen der Innenstadt. Hier wünschen wir uns vom Stadtrat und der Verwaltung, dass Anstrengungen unternommen werden, damit ein jüdisches Museum am Ende nicht als Museum zweiter Klasse da steht.

Damit die Dresdner:innen mit jüdischem Leben in Kontakt kommen, braucht es aber mehr als ein Museum. Es sollte mehr Kontakt zwischen Jüd:innen nicht-jüdischen Deutschen geben. Es wird noch einige Zeit dauern, bis ein großes, öffentliches Jüdisches in Dresden sichtbar werden kann. Wir fordern daher die Schaffung einer Städtepartnerschaft mit einer israelischen Stadt, mit der ein kultureller Austausch kontinuierlich und aktiv verfolgt wird. Eine

64 solche Städtepartnerschaft kann dafür genutzt werden, das insbesondere Dresdner
65 Jugendliche die jüdisch-israelische Kultur kennenlernen können.

66 All das sollte von der Stadtverwaltung in die Öffentlichkeit getragen werden,
67 damit möglichst viele Menschen auf die Thematik aufmerksam werden.

68 Auch die Jusos Dresden können beim Austausch eine aktive Rolle übernehmen.
69 Vereine wie der Hatikva e.V. in unmittelbarer Nähe der Genoss:innenschaft bieten
70 sich für gemeinsame Veranstaltungen an.

71
72 Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass Kooperations- und Kommunikationswege in
73 den Nahen Osten erhalten bleiben. Die Arbeit des Willy Brandt Centers Jerusalem,
74 das seit Jahrzehnten Trilaterale Jugendaustausche und Friedensarbeit in Israel
75 und Palästina organisiert, leistet unschätzbare Arbeit, an der wir als Jusos
76 Dresden auch bereits selbst partizipiert haben.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag

Initiator*innen: Andreas Ueberbach (dort beschlossen am: 26.10.2024)

Titel: AfD-Verbotsverfahren unterstützen,
Rechtspopulismus überflüssig machen

Antragstext

1 Die SPD Dresden fordert die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen
2 Bundestags aus Sachsen auf, den vorliegenden Antrag im Deutschen Bundestag auf
3 Einleitung eines Verfahrens zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der
4 „Alternative für Deutschland“ mitzutragen und umfassend um Unterstützung
5 weiterer Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion sowie Mitglieder anderer
6 demokratischen Fraktionen zu werben. Die SPD Dresden steht hinter diesem Antrag,
7 diese Initiative muss jedoch einhergehen mit einer breiten, effektiven
8 Diskussion in der SPD unter umfassender Beteiligung der Basis darüber, wie wir
9 berechnigte Teile der aktuellen Kritik vieler Bürgerinnen und Bürger an Politik,
10 Staat und Gesellschaft aufgreifen und in naher Zeit in sinnvolle, mit den
11 sozialdemokratischen Werten übereinstimmende Politik umwandeln. Wir befürworten
12 ein zweigleisiges Vorgehen: Prüfung eines Verbots durch das
13 Bundesverfassungsgericht UND bürgernahe, pragmatische und zugleich respektvolle,
14 gerechte Politik, mit der wir radikale Parteien überflüssig machen.

Begründung

Die AfD zeigt unverhohlen, dass sie demokratische Grundwerte ablehnt und die Gesellschaft spalten will. Sie hat sich immer mehr radikalisiert und zeigt nun klar verfassungsfeindliche Tendenzen. Das Ausschalten der parteiinternen Bewegung „Der Flügel“ hat nichts gewirkt. Auch die Taktik, sie inhaltlich zu stellen, hat die AfD nicht von dieser Entwicklung abgehalten. Inzwischen ist eine Grenze überschritten; deshalb ist jetzt der richtige Zeitpunkt, ein AfD-Verbotsverfahren einzuleiten. Zusammen mit anderen Gliederungen der SPD in Deutschland, z.B. in Berlin (dieser Antrag in seiner Formulierung angelehnt an einen im Konsens angenommenen Initiativantrag zur dortigen Kreisdelegiertenversammlung vom 19.10.2024) bündeln wir die

demokratischen Kräfte im Kampf gegen die AfD und zeigen damit die Wehrhaftigkeit des Rechtsstaats auf. Wenn wir nicht handeln, untergräbt die AfD weiter das Vertrauen der Menschen in demokratische Prozesse und Institutionen. Das haben nicht zuletzt die Vorfälle in Thüringen gezeigt, wo sie versucht hat, Wahlergebnisse zu delegitimieren und Verfassungsorgane wie den Landtag und das Verfassungsgerichtshof zu diskreditieren. Dies verfängt bei immer mehr Bürgerinnen und Bürger, während die schweigende Mehrheit wie in Lethargie erstarrt. Von selbst wird dieser Radikalisierungsvorgang nicht aufhören. Mit populistischen Methoden wird ein gesellschaftliches Klima geschaffen, in dem Diskriminierung und Gewalt gegen Einzelne und Gruppen zunehmend hingenommen werden. Ziel ist ein Staat, der sich von den Idealen der Freiheit, Menschenwürde, Solidarität, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung verabschiedet. Der Partei und ihren Anhängern schwebt ein autoritäres, illiberales Staats- und Regierungssystem vor, in dem das Völkische im Denken und Handeln dominiert und sich das Führerprinzip durchsetzt. Nicht alle Wählerinnen und Wähler dieser Partei haben dies in der vollen Bedeutung erkannt. Ihre Aktivität beschränkt sich nicht auf die Parlamente und politische Gremien, sondern sie verwendet ihre beachtlichen finanziellen Einnahmen auch zur Beeinflussung unseres Alltags, der Manipulation von Kultur, gesellschaftlichem Engagement, von Schule, Ausbildung, Freizeit, Arbeits- und Familienleben. Dazu nimmt sie durch die elektronischen Kommunikationsmittel, aber auch auf hergebrachten Wegen – wie den öffentlich-rechtlichen Medien – immer mehr Einfluss auf die Stimmung im Land. Die Partei erhält finanzielle Unterstützung aus dem Ausland, insbesondere autokratischen Staaten, die daran interessiert sind, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Deutschland und Europa zu schwächen. Die AfD ist eng mit anderen rechtsextremen Bewegungen vernetzt, die liberale Demokratien destabilisieren und durch antidemokratische Herrschaftsformen ersetzen wollen. Wir sehen den Kampf gegen solche faschistischen Tendenzen als einen Kern unseres sozialdemokratischen Selbstverständnisses. Auch, wenn der Antrag aus der Mitte des Bundestages kommt und insofern keine Initiative unserer Fraktion darstellt, identifizieren wir uns doch als SPD mit den hinter ihm stehenden Absichten. Wir lassen unsere Bundestagsabgeordneten mit dieser Verantwortung nicht allein, sondern stärken ihnen demonstrativ den Rücken. Einhergehen muss damit jedoch ein konstruktives und positives Zeichen unserer Partei: Wir haben verstanden! Die AfD zieht ihren Nährboden auch aus einem weitreichenden Gefühl der Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Diese Stimmung beruht nicht allein auf den vermeintlichen Verführungskünsten der Populisten. Manche Frustration ist nachvollziehbar. Den Anlass für diese Verunsicherung der Menschen muss die SPD nicht ernstnehmen. Sie muss ihre Ursachen genau analysieren und da, wo die Kritik berechtigt ist, konkrete sozialdemokratische Vorschläge machen und diese umsetzen. Wir brauchen eine positive Perspektive als Gegenentwurf zu Hass und Hetze. Dazu muss innerhalb der SPD ein offener Diskurs angestoßen werden, der möglichst bald zu spürbaren Verbesserungen für die Menschen führt und zeigt, dass wir Lösungen für drängende Probleme haben, aber ein Systemumsturz nichts Gutes bewirken kann.

Der Antrag soll in den nächsten Wochen im Bundestag beschlossen werden. Eine einheitliche Haltung der SPD-Fraktion oder der Partei gibt es dazu nicht. Wie an anderen Stellen auch, scheint es wieder einmal leichter, gegen etwas zu sein, als für etwas. Die Diskussionen über das Für und Wider des Verbotsantrages werden täglich geführt, weshalb unsere Stellungnahme jetzt geboten ist. Auf die Antragsfrist zum Unterbezirksparteitag konnten wir insoweit keine Rücksicht nehmen. Unser Appell ist heute ebenso wichtig, wie morgen. Der Antrag ist heute, am 23.10.2024 im Wortlaut bekannt gemacht worden (<https://www.afd-prüfen.de>). Das gibt uns Anlass, ein klares Statement unseres Unterbezirks zu fordern.

Antrag

Initiator*innen: AG 60plus (dort beschlossen am: 24.09.2024)

Titel: Altersdiskriminierung durch Digitalisierung

Antragstext

- 1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an die SPD-Stadtratsfraktion und
2 die SPD-Landtagsfraktion weiterleiten:
- 3 Bei Dienstleistungen im Bereich der Daseinsfürsorge, wie von staatlichen
4 Einrichtungen, Ärzten, Banken/Sparkassen und ÖPNV, müssen analoge Angebote
5 gleichberechtigt neben digitalen Angeboten verpflichtend bereitgestellt werden.

Begründung

Digitalisierung bestimmt in zunehmendem Maß unseren Alltag. Ob Termine bei Arztbesuchen, in Ämtern der Stadt Dresden, Banken und Versicherungen und Erwerb von Fahrkarten. Man könnte die Reihe weiter fortsetzen. Viele ältere Menschen besitzen ein digitales Endgerät und können damit Familie und Freunde kontaktieren, mehr oft nicht. Bei weiterem Umgang wird es schon schwierig und es wird Hilfe benötigt. Viele Angebote können nur noch digital genutzt werden. Dadurch wird die Selbstständigkeit älterer Menschen in der Daseinsfürsorge erheblich eingeschränkt. Es werden Kurse in Begegnungsstätten angeboten, aber wer dann alleine zu Hause sitzt und z.B. ein Formular ausfüllen muss, benötigt oft Hilfe. Dazu kommt, dass ca. 30 % der über-70jährigen kein Internet nutzen. Da älteren Menschen vielfach die digitalen Kompetenzen sowie die technischen und finanziellen Möglichkeiten fehlen, ist ihre gesellschaftliche Teilhabe zunehmend eingeschränkt – dies gilt insbesondere für die Bezieher*innen niedriger Alterseinkünfte.

Wir müssen deshalb dafür sorgen, dass analoge Angebote weiterhin gleichberechtigt und ohne Mehrkosten zur Verfügung gestellt werden.

Unterstützer*innen

(OV Dresden-Striesen)

Antrag

Initiator*innen: Jusos Dresden (dort beschlossen am: 27.09.2024)

Titel: Unterstützung des Offenen Briefes
„asylwende.wtf“

Antragstext

Der Unterbezirksparteitag der SPD Dresden möge beschließen:

Wir fordern, dass sich die SPD Dresden dem Beispiel der Jusos Dresden anschließt und den offenen Brief „asylwende.wtf“ unterschreibt und unterstützt. Es erscheint eindeutig, dass sich weder der Bundeskanzler, noch andere in Regierungsverantwortung stehende Genoss:innen sich dem Inhalt des offenen Briefes "Eintritt für Würde" verpflichtet sehen, vielmehr hat Olaf Scholz diesen als Bestätigung seines Kurses bezeichnet. Wir sind der Überzeugung, dass ein offener Brief ohne jede Androhung von Konsequenzen keine Tragweite hat und bedenkenlos ignoriert werden kann. Daher fordern wir die SPD Dresden auf, den offenen Brief "asylwende.wtf" zu unterzeichnen, der in direktem Anschluss an die Wiedereinführung von Grenzkontrollen verfasst wurde.

Begründung

Es reicht.

An unseren Bundeskanzler Olaf Scholz,
An unsere Parteivorsitzenden Saskia Esken und Lars Klingbeil,
An unseren Generalsekretär Kevin Kühnert,
An unsere Bundesinnenministerin Nancy Faeser,

Wir sind erschüttert und entsetzt. Die in den letzten Tagen geführte Debatte über Asyl und Migration ist beschämend. Als Vertretung eurer jungen Basis in unserer Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nötigt

ihr uns, euren jüngsten politischen Alleingängen entschieden zu widersprechen. Sie stehen fundamental gegen die Werte und Positionen unserer Partei. Mit eurer Übernahme rechter Narrative und Positionen treibt ihr den Diskurs weiter in eine gefährliche Richtung.

- Wir widersprechen einer sogenannten „Asylwende“ nach rechts.
- Wir widersprechen innereuropäischen Grenzkontrollen.
- Wir widersprechen Abschiebungen, insbesondere in Kriegs- und Krisengebiete.
- Wir widersprechen Kürzungen von Sozialleistungen als Druckmittel gegen die ärmsten Menschen in unserem Land.

Anfang des Jahres sind wir gemeinsam gegen Parteien, die solche Politik machen, auf die Straßen gegangen. Deutschlandweit haben wir Seite an Seite gegen nationalistische, rassistische Ideologien und Abschiebefantasien demonstriert. Als sozialdemokratische Basis werden wir das auch weiterhin tun. Wir fordern euch auf, euch auf unsere gemeinsamen Werte zu besinnen:

- Wir erwarten Humanität.
- Wir erwarten die Einhaltung der Grund- und Menschenrechte.
- Wir erwarten eine Asylpolitik, die auf Schutz und Integration statt auf Ausgrenzung und Isolation setzt.
- Wir erwarten den sofortigen Stopp der Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien.
- Wir erwarten eine angemessene Unterbringung und Versorgung für alle Geflüchteten.
- Wir erwarten sofortigen Zugang zum Arbeitsmarkt für alle in Deutschland lebenden Menschen unabhängig von ihrer Herkunft.

Ein einzelner schrecklicher Anschlag kann und darf nicht die Grundlage für unser langfristiges politisches Handeln sein.

Für uns steht fest: Für die aktuelle Politik können und werden wir im nächsten Jahr keinen Wahlkampf machen. Die Diskursverschiebung nach rechts schafft keine bezahlbare Wohnungen, keine höheren Löhne und keine angemessene Rente. Mit dieser Diskursverschiebung werdet ihr, Olaf, Nancy, Saskia, Lars und Kevin, selbst zu Teilen des Rechtsrucks.

Hört die Signale!

Kein Fußbreit dem Faschismus!

Eure Jungsozialist*innen in der SPD

Antrag

Initiator*innen: Jusos Dresden (dort beschlossen am: 30.04.2023)

Titel: Dynamo endlich zum Handeln zwingen

Antragstext

1 Die SPD Dresden möge beschließen und an die SPD-Landtagsfraktion im sächsischen
2 Landtag weiterleiten.

3 Wir fordern, dass die Stadt Dresden und das Land Sachsen endlich konsequentere
4 Maßnahmen gegenüber der organisierten Ultraszene im sächsischen Profifußball und
5 insbesondere bei der SG Dynamo Dresden ergreifen. Somit soll zukünftig
6 sichergestellt werden, dass die konstanten Grenzüberschreitungen seitens der
7 organisierten Fanszene künftig besser verfolgt und bestenfalls verhindert
8 werden. Die SPD soll sich als Regierungspartei im Land und im Stadtrat Dresdens
9 zu diesen Forderungen bekennen.

10 Des Weiteren soll so ein Aktionsplan geschaffen werden, wie in Sachsen mit
11 problematischen Fanszenen größerer Vereine, wie dem Chemnitzer FC, dem FSV
12 Zwickau, dem 1.FC Lok Leipzig und dem FC Erzgebirge Aue umgegangen werden kann
13 und muss.

14 Dieser Antrag hat zum Ziel, die Fankultur der SG Dynamo Dresden zu reformieren.
15 Weite Teile der Fangemeinschaft sind Menschen, die nur ein Fußballspiel ihres
16 Vereins sehen wollen, die sich schämen für die Taten der Ultras. Der Verein
17 selbst leidet ebenso an diesen Vergehen, so mussten allein in der Saison
18 2021/2022 378.750 € an Strafzahlungen wegen des Fehlverhaltens der Fans gezahlt
19 werden, zusätzlich zu den zivilen Strafen für mehrere Dutzend Randalierende nach
20 dem Aufstieg in der Vorsaison. Für den damaligen Zweitligisten eine hohe Summe.

21 Da es dem Verein nicht zu gelingen scheint, eindeutig menschenfeindliches
22 Verhalten aus dem eigenen Stadion oder der eigenen Fanszene zu verbannen oder es

wenigstens effektiv zu verfolgen, soll das sächsische Innenministerium eingreifen. Dem Verein sollen Pflichten auferlegt werden, die an jene erinnern, die sich der FC Hansa Rostock nach Ausschreitungen beim Auswärtsspiel beim FC St. Pauli wenige Wochen zuvor auferlegt hat.

Dabei geht es konkret um folgende Maßnahmen: Erstens wird der Verkauf von Gruppenkontingenten an Fanclubs komplett gestrichen, es dürfen somit in der laufenden Saison nur noch personalisierte Einzelkarten verkauft werden, Ausnahmen dazu bilden ausschließlich Familientickets. Ab der neuen Saison 2023/2024 gilt für jeden Fanclub der SG Dynamo Dresden ein Bekenntnis auf 1.2. der Fancharta:

"Der Verein SG Dynamo Dresden und die Fans stehen aktiv gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung (aufgrund ethnischer Zugehörigkeit, religiöser und sexueller Orientierungen sowie körperlicher und geistiger Beeinträchtigung) innerhalb und außerhalb des Stadions ein."¹

Die Fanclubs verpflichten sich, diesen Paragraphen zu ehren und einzuhalten. Sie sind ab der neuen Saison im Stadion auf Bewährung geduldet. Die Bewährungsdauer richtet sich nach der Problemhistorie der betroffenen Fanclubs und kann bis zu fünf Jahre andauern. Sollte es erneut zu schweren Grenzüberschreitungen seitens betreffender Fanclubs kommen, so wird den Fanclubs der Eintritt auf das Gelände der SG Dynamo Dresden verwehrt. Den betroffenen Fanclubs wird ab diesem Punkt dauerhaft verboten, Fahnen, Banner, Sticker und jede weitere Form der Sichtbarkeit mitzuführen. Schweres Fehlverhalten von Einzelpersonen wird mit einem langfristigen Stadionverbot bestraft. Dieselben Regelungen sollen auch bei Auswärtsspielen der SG Dynamo Dresden gelten. Zur Identifizierung von Fehlverhalten soll die Innenraumüberwachung im Rudolf-Harbig-Stadion in Kommunikation mit den zuständigen Sicherheitsbehörden massiv ausgebaut werden.

Zweitens soll die Zusammenarbeit mit den Fanclubs intensiviert werden, um einen gemeinsamen Weg aus dieser Lage zu finden. Die Grundsätze aus Paragraph 1 der Fancharta und insbesondere 1.2. sollen als Basis für jegliche Zusammenarbeit dienen. Die Fanarbeit der SG Dynamo Dresden soll des Weiteren eine klare soziale Strategie verfolgen, um Rücksichtnahme und Toleranz innerhalb der Fanszene und auf dem Gelände des Vereins zu fördern.

Drittens sind bei Auswärtsspielen der SG Dynamo Dresden vereinseigene Mitarbeiter:innen mitzuführen, um auch vor Ort Vandalismus und Diskriminierung bestenfalls zu verhindern, mindestens aber zu dokumentieren.

Des Weiteren soll bis zur zufriedenstellenden Umsetzung dieser Maßnahmen

jegliche finanzielle Unterstützung des Vereins durch die Stadt Dresden und das Land Sachsen eingestellt werden.

Langfristig soll auf diese Weise eine Beruhigung der sächsischen Fanszene erreicht werden, ein breiteres Engagement für Toleranz und Demokratie im Sport und die Entwirrung der rechtsextremen Szene mit den Fangemeinschaften sächsischer Profisportvereine, insbesondere der organisierten Fanszene der SG Dynamo Dresden.

<https://www.dynamo-dresden.de/fans/fanszene/fancharta/>

Begründung

Beim Sachsenderby zwischen Dynamo Dresden und Erzgebirge Aue am 04.03.2023 kam es ein Mal mehr zu eindeutigen Grenzüberschreitungen seitens einiger Ultragruppen der SG Dynamo Dresden. Dabei wurden eindeutig homophobe Banner in Richtung der Gästefans entrollt, die vorher auch mit dem Verein nicht abgesprochen waren. Dynamo Dresden selbst reagierte auf diese Banner erst mehrere Tage später mit einem Statement. Ob Folgen für Verantwortliche spürbar werden, bleibt abzuwarten, ist aber nach vergangenen Erfahrungen unwahrscheinlich. Aufgrund der überregionalen Beliebtheit der SG Dynamo Dresden in ganz Sachsen ist eine staatliche Lösung dieser Probleme daher dringend anzuraten.

Gleich zu Beginn sollte eines eindeutig klar sein – nicht die vielen friedlichen Unterstützer:innen sind das Problem. Wer friedlich ins Stadion geht, um ein Fußballspiel anzusehen, soll auch weiterhin dazu in der Lage sein. Das Problem liegt bei der Ultraszene. Dort können zahllose Verbindungen ins gewaltbereite rechtsextreme Milieu nachgewiesen werden, von dort kommen immer wieder die Grenzüberschreitungen anlässlich der Spiele Dynamo Dresdens.

Antrag

Initiator*innen: OV Dresden-West (dort beschlossen am: 25.09.2024)

Titel: Wahlplakate Flut eindämmen

Antragstext

1 Der Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an die SPD-Stadtratsfraktion
2 weiterleiten:

3 Die Stadt Dresden erstellt ein Konzept zur Reduzierung von Wahlwerbeträgern im
4 Stadtbild. Dabei werden zentrale Werbezonen in Stadtteilzentren definiert, in
5 welchen die Stadt Trägerwände für Werbemittel aufstellt. Auf diesen Trägerwänden
6 werden den am Wahlkampf beteiligten Parteien jeweils Flächen zugewiesen.

Begründung

Die Zahl der Wahlplakate hat in den letzten Jahren stark zugenommen und damit einhergehen eine erhöhte Ansammlung von Müll in Form von zerstörten Plakaten. Um diesem Trend entgegenzuwirken ist ein Konzept zur regulierten Wahlwerbung und Begrenzung der Werbeträger notwendig.

Antrag

Initiator*innen: OV Dresden-West (dort beschlossen am: 25.09.2024)

Titel: Keine Plastikplakate mehr

Antragstext

- 1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an die SPD-Stadtratsfraktion
2 weiterleiten:
- 3 Die Stadt Dresden erlässt ein Verbot bezüglich der Nutzung des Trägermaterials
4 Hohlkammerplastik für Plakatwerbung im öffentlichen Raum.

Begründung

Hohlkammerplastikplakate sind ein verbreiteter Träger für Veranstaltungs- und Wahlkampfwerbung. Die Beschädigung von Plastikplakaten resultiert meist in Plastikresten, die sich in der Umgebung verteilen und in manchen Fällen sogar in Flüsse geraten. Damit sind sie ein negativer Eintrag in die Umwelt. Als Alternative zu Plastikplakaten haben sich mittlerweile Träger aus Pappen etabliert.

Antrag

Initiator*innen: Jusos Dresden (dort beschlossen am: 30.04.2023)

Titel: Wir sind die Generation vor den Kipppunkten!

Antragstext

1 *Die SPD-Dresden möge beschließen und an den Landesparteitag der SPD Sachsen*
2 *weiterleiten. Vom Landesparteitag ist der Antrag an den Bundesparteitag der SPD*
3 *weiterzuleiten.*

4 Wir sind die Generation vor den Kipppunkten der Klima-Katastrophe. Es ist an
5 uns, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Klimakatastrophe jetzt
6 abzuwenden.

7 Wir setzen uns für eine sozial gerechte Klimapolitik ein. Das bedeutet: Weder
8 Menschen mit niedrigen Einkommen noch zukünftige Generationen dürfen zu den
9 Hauptträger:innen der finanziellen Belastungen werden. Um zu solch einer Politik
10 beizutragen, wollen wir uns weiterbilden und Ideen für eine jungsozialistische
11 Klimapolitik sammeln. Gleichzeitig wollen wir vor Ort aktiv werden und zusammen
12 mit vielen Bündnissen für Klima- und Umweltschutz kämpfen. Wir setzen darauf,
13 dass das Thema maximale Sichtbarkeit und Aufmerksamkeit erhält. Das umfasst
14 persönliche
15 Überzeugungsarbeit, Plakatkampagnen und Müllsammeln genau so wie Demonstrationen
16 und Protest bis hin zum zivilen Ungehorsam.

17 Die Initiative „Letzte Generation“ versucht diese Aufmerksamkeit mit einem neuen
18 Level des zivilen Ungehorsams zu erreichen. Grundsätzlich ist es ein legitimes
19 Mittel, die gewohnten Abläufe zu stören, denn die Klimakatastrophe wird die
20 gewohnten Abläufe zerstören. Mit den unterschiedlichen Aktionen der „Letzten
21 Generation“ schaffen sie es tatsächlich diese Aufmerksamkeit zu erzeugen, jedoch
22 zum Preis einer teils extremen hohen Ablehnung in weiten Teilen der
23 Gesellschaft. Diese kontroverse Auseinandersetzung mit den Aktionen ist legitim

24 und jeder Einzelfall ist gesondert zu bewerten. Bislang ist die „Letzte
25 Generation“ als friedlich zu bewerten. Eine Kriminalisierung von gewaltfreiem
26 Klimaprotest lehnen wir entschieden ab. Der Notwehrbegriff kann und darf nicht
27 gegen die Protest-Formen der Initiative „Letzte Generation“ missbraucht werden.
28 Das
29 Gewaltmonopol liegt beim Staat, ausgeübt durch die Polizei – nicht bei wütenden
30 Autofahrer:innen der zweiten Reihe. Die Polizei hat dabei selbstverständlich die
31 mildesten Mittel anzuwenden, Schmerzgriffe bei gelösten Aktivist:innen, gehören
32 nicht dazu.

33 Der aktuelle IPCC-Bericht zeigt erneut: Wenn wir weiter so planlos auf die
34 Klimakrise zusteuern, werden wir in der nächsten Generation massive Einschnitte
35 erleben, Leid produzieren und zu Verzicht gezwungen sein. Stattdessen müssen wir
36 heute handeln und heute unser Verhalten ändern – durch erträglicheren Verzicht.
37 Nicht jede und jeder in unserer Gesellschaft trägt gleich viel zur
38 Klimakatastrophe bei, aber alle tragen die Verantwortung sie zu verhindern und
39 zur Veränderung unserer gewohnten Abläufe beizutragen. Die Zeit für Kuschel-
40 Klima-Maßnahmen oder die Hoffnung auf die große uns rettende Technologie ist
41 vorbei. Noch haben wir es selbst in der Hand: Lasst uns die Klimakatastrophe
42 abwenden, indem wir den Ausstoß der Treibhausgase stoppen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag

Initiator*innen: OV Elbhang/Schönfelder Hochland (dort beschlossen am:
16.09.2024)

Titel: Verkleinerung des Landtags

Antragstext

- 1 Der Unterbezirk Dresden setzt sich in geeigneter Weise dafür ein, dass die SPD
- 2 Sachsen eine Verkleinerung des Sächsischen Landtags fordert.

Begründung

Nicht nur nach dem Empfinden vieler Sächsinnen und Sachsen ist das Landesparlament überdimensioniert. Auch im Vergleich zu anderen Gremien erscheint seine Größe unangemessen. Bürokratie und ein aufgeblähter Staat sind nicht nur nach den Krisen der letzten Jahre, sondern auch in Anbetracht der Inflation und gestiegener Lebenshaltungskosten nicht mehr zu vermitteln. Die SPD zeigt mit dieser Forderung, dass sie die Bedürfnisse der Menschen ernst nimmt und für eine zukunftsweisenden Politik steht.

Antrag

Initiator*innen: Jusos Dresden (dort beschlossen am: 30.04.2023)

Titel: **Kostenübernahme von Brillen und Zahnersatz
durch die Krankenkassen**

Antragstext

1 Die SPD Dresden möge beschließen mit der Weiterleitung an den Landesparteitag
2 der SPD Sachsen und den SPD-Bundesparteitag an die SPD Bundestagsfraktion
3 weiterleiten:

4 Die hohen Kosten für Zahnbehandlungen und Brillen stellen für viele Menschen
5 eine große finanzielle Belastung dar. Um Gesundheit und Wohlbefinden zu fördern,
6 fordern wir, dass die gesetzlichen Krankenkassen Kosten für Zahnbehandlung und
7 Brillen vollständig übernehmen.

8 Derzeit werden diese Leistungen von Krankenkassen nur teilweise oder gar nicht
9 erstattet, was dazu führt, dass viele Menschen sich diese wichtigen
10 medizinischen Hilfsmittel nicht leisten können. Insbesondere für Menschen mit
11 niedrigem Einkommen oder einer chronischen Krankheit kann dies zu einer großen
12 finanziellen Belastung führen.

13 Die Korrektur eines beeinträchtigten Sehvermögens ist für viele Menschen von
14 entscheidender Bedeutung für gesellschaftliche Teilhabe. Wer sich das nicht
15 leisten kann, ist aufgeschmissen beim Lesen von ÖPNV-Fahrplänen, Verfassen von
16 Abschlussarbeiten, Bewerbungsschreiben und vielem anderen

17 Auch der Ersatz oder die Korrektur und Rekonstruktion von Zähnen,
18 Zahnfehlstellungen und Gebiss ist für viele Menschen ein zentrales Element, um
19 selbstbewusst in sozialen Kontexten aufzutreten. Ist er nicht erschwinglich,
20 ziehen sich Betroffene nicht zuletzt durch Scham zurück und fehlen mit ihren

21 individuellen Talenten

22 Deswegen ist vollständige Kostenübernahme nicht nur für die betroffenen
23 Personen, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt von großem Nutzen. Denn
24 eine bessere Gesundheitsversorgung führt zu höherer Lebensqualität und
25 Produktivität, was sich letztlich auch auf die Wirtschaft positiv und die
26 Bereicherung der Gesellschaft als Ganzes.

27 Deshalb fordern wir den Bundestagsfraktion der SPD auf, sich dafür einzusetzen,
28 dass die Krankenkassen die vollständigen Kosten für Zahnbehandlungen und Brillen
29 übernehmen. Diese Leistungen sind für die Gesundheit und das Wohlbefinden
30 unserer Mitmenschen von entscheidender Bedeutung und sollten für alle zugänglich
31 sein, unabhängig von ihrem Einkommen oder ihrer sozialen Stellung.

Begründung

Die Kostenübernahme durch Krankenkassen für Zahnersatz und Brillen ist eine wichtige Maßnahme, um sicherzustellen, dass alle Menschen Zugang zu den notwendigen medizinischen Versorgungsleistungen haben.

Zahnersatz ist oft eine teure Behandlungsoption, die viele Menschen finanziell belasten kann. Wenn die Kosten jedoch von den Krankenkassen übernommen werden, können Menschen mit geringerem Einkommen auch Zugang zu dieser wichtigen medizinischen Versorgungsleistung haben. Dies kann dazu beitragen, dass Menschen ihre Zähne und ihre allgemeine Mundgesundheit besser pflegen und erhalten können, was wiederum zu einer besseren allgemeinen Gesundheit beiträgt.

Auch die Kosten für Brillen können eine Herausforderung für Menschen mit beschränktem Budget darstellen. Brillen sind jedoch oft notwendig, um die Sehkraft zu verbessern und die allgemeine Lebensqualität zu erhöhen. Wenn die Kosten für Brillen von den Krankenkassen übernommen werden, können Menschen mit geringerem Einkommen auch Zugang zu dieser wichtigen medizinischen Versorgungsleistung haben.

Zusätzlich kann die Kostenübernahme durch Krankenkassen dazu beitragen, die Gesundheitskosten insgesamt zu senken, indem sie sicherstellt, dass Menschen frühzeitig behandelt werden und dass teurere medizinische Behandlungen vermieden werden. Eine regelmäßige Zahnpflege und die korrekte Sehkorrektur können dazu beitragen, dass schwerwiegendere Gesundheitsprobleme vermieden werden, die andernfalls zu hohen Gesundheitskosten führen könnten.

Antrag

Initiator*innen: Jusos Dresden (dort beschlossen am: 10.08.2024)

Titel: Aktiv durch den Großen Garten

Antragstext

1 Die Mitgliedervollversammlung der SPD Dresden möge beschließen und an die
2 Fraktion der SPD im Stadtrat Dresden weiterleiten:
3 Der Große Garten hat viele Angebote, aber es fehlt an Installationen für
4 Personen, die Kraftsport ausüben wollen. Daher fordern die Jusos Dresden die
5 SPD-Stadtratsfraktion in Dresden auf, dass sie sich zeitnah für ein Sportareal
6 ("Trimm-Dich-Pfad") im Großen Garten einsetzen.

Begründung

Der Große Garten in Dresden ist eine zentrale und gut erreichbare Grünfläche, welche von vielen Dresdner*innen regelmäßig genutzt wird. Besonders für Jogger*innen, Fahrradfahrer*innen und Spaziergänger*innen bietet der Große Garten viele Möglichkeiten, sich aktiv auf dem großflächigen Areal zu betätigen. Auch Kinder können sich auf den vielen Spielplätzen und Wiesen aktiv austoben. Dennoch gibt es insgesamt noch Ausbaubedarf. Personen, die gerne Kraftsport an Geräten ausüben, müssen zwangsmäßig auf ein Fitnessstudio oder andere Orte ausweichen, da der Große Garten kein derartiges Angebot bietet. Daher soll auf dem Gelände ein sogenannter "Trimm-Dich-Pfad" aufgebaut werden. Dieser besteht aus mehreren auseinander liegenden Stationen, an denen eine oder mehrere Kraftübungen an einem Gerät durchgeführt werden, bevor man weiter zur nächsten Station geht. Derartige Installationen sind kosteneffizient und stechen visuell nicht negativ hervor. Zudem wären sie solidarisch, weil sie vielen Personen eine leicht zugängliche und kostenlose Möglichkeit geben würde, sich sportlich zu betätigen. Daher soll die Stadtratsfraktion der SPD Dresden sich dafür einsetzen, dass ein derartiges Projekt zeitnah umgesetzt wird.

Antrag

Initiator*innen: OV Dresden-Striesen, Gruna, Blasewitz (dort beschlossen am: 25.09.2024)

Titel: Ausstattung von Bildungseinrichtungen mit
Luftreinigungs- und Belüftungsanlagen

Antragstext

1 Die SPD Dresden setzt sich dafür ein, dass die Landeshauptstadt Dresden prüft,
2 alle Bildungseinrichtungen in Dresden (Kinderkrippen, Kindergärten und Schulen)
3 mit den jeweiligen Raumgrößen angemessenen Luftreinigungs- und
4 Belüftungssystemen auszustatten, insbesondere auch bei Neu- und Umbauten.

Begründung

In Bildungseinrichtungen halten sich viele Menschen (Kinder, pädagogische Fachkräfte, Lehrkräfte) über lange Zeiträume in meist geschlossenen Räumen auf. Gerade in kälteren Jahreszeiten ist eine suffiziente Frischluftzufuhr durch reines Lüften nicht möglich.

Krankheitserreger wie die von Influenza, Covid-19, RSV, Masern, Tuberkulose etc. werden auch durch die Luft bzw. Aerosole übertragen. Dadurch entstehen in Bildungseinrichtungen Infektionsketten mit weitreichenden Folgen:

- kranke Kinder, mit dem Risiko für Langzeitfolgen;
- erkrankte pädagogischen Fachkräfte und Lehrkräfte, mit Risiko für Langzeitfolgen;
- Betreuungs- bzw. Unterrichtsausfall
- Überlastung für die gesunden pädagogischen Fachkräfte und Lehrkräfte
- Eltern, welche wegen der Betreuung erkrankter Kinder im Beruf ausfallen,
- und mit erhöhter Wahrscheinlichkeit selbst erkranken (mit Risiko für Langzeitfolgen) und dann ausfallen.

Es entstehen durch o.g. Infektionsketten also hohe Folgekosten für die individuelle Gesundheit (akute Infektionen, durch wiederholte Infektionen für bis zu Monate geschwächtes Immunsystem mit erhöhtem Risiko für neue Infektionen, Risiko für Folgeerkrankungen wie postvirale Erkrankungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen etc.), für betroffene Familiensysteme, insbesondere auch sogenannte „Schattenfamilien“ (Familien mit vorerkrankten / immunsupprimierten Mitgliedern, die dadurch ein hohes Risiko für Folgeerkrankungen haben), für die Bildungsgerechtigkeit, und nicht zuletzt für die Wirtschaft.

Es gibt mittlerweile zahlreiche Studien, die gut belegen, dass angemessene Luftfilter das Ansteckungsrisiko in geschlossenen Räumen in Schulen und Kitas deutlich reduzieren. Dadurch werden auch o.g. Negativfolgen reduziert.

Antrag

Initiator*innen: OV Dresden-Striesen, Gruna, Blasewitz (dort beschlossen am: 25.09.2024)

Titel: Verbesserung der ambulanten Versorgung von Patient*innen mit Long Covid / ME/CFS

Antragstext

- 1 Die SPD-Stadtratsfraktion wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass die
- 2 ambulante Versorgung von Patient*innen mit Long Covid / ME/CFS (myalgische
- 3 Enzephalitis / chronisches Fatigue Syndrom) in Dresden verbessert wird.

Begründung

Dies geschieht z.B. über eine spezialisierte Ambulanz unter dem Dach des Amtes für Gesundheit und Prävention der Stadt Dresden. Es soll mehrere Standorten geben sowie die Option regelhafter Hausbesuche, um eine wohnortnahe bzw. häusliche Versorgung zu gewährleisten, da insbesondere dieser Patientengruppe keine weiten Wege zurücklegen kann.

An diesen Ambulanzen arbeiten entsprechend weitergebildete Fachärzt*innen aus den Bereichen der Neurologie, Kardiologie, Inneren Medizin, Schmerzmedizin etc. eng vernetzt zusammen. Ebenso stehen Sozialarbeiter*innen zur Verfügung, um bei Beratung und Beantragung von z.B. Erwerbsunfähigkeitsrenten, Pflegegrad etc. zu unterstützen.

Alternativ sind auch Ansätze in Anlehnung an die Integrierte Versorgung denkbar.

In Folge der Covid 19-Pandemie / Endemie sind die Fallzahlen von Long Covid als postvirale Erkrankung mit verschiedenen Symptombereichen deutlich gestiegen.

In seiner schwersten Form tritt Long Covid auch als ME/CFS auf.

In Folge nicht mehr bestehender Präventionsmaßnahmen und geringer Impfquote werden diese weiter steigen (Quelle: z.B. Karl Lauterbach, Runder Tisch vom 17.09.2023).

Grundsätzlich können alle Organsysteme betroffen sein.

Die Betroffenen sind, je nach Schweregrad, nicht mehr in der Lage, ihre Berufe auszuüben, am Familien-oder Sozialleben zu partizipieren.

Sie leiden unter Licht- und Geräuschempfindlichkeit, zeitverzögerter Belastungsintoleranz / PEM (postexertionaler Malaise), welche zu massiven körperlichen und kognitiven Einbrüchen (sog. Crashes) führt.

Bei der schwersten Ausprägung von ME/CFS sind die Betroffenen bettgebunden und müssen gegen sämtliche Reize von außen abgeschirmt werden.

Hinzu kommen v.a. neuronale Schmerzen sowie oft POTS (posturale Tachykardie Symptom, also massive Kreislaufdysregulationen), brain fog / starke kognitive Einschränkungen, Mastzellaktivierungssyndrome etc.

Derzeit existieren keine ursachenbezogenen Therapieansätze.

Behandlung erfolgt nur auf Symptomebene und im off label-Bereich (d.h. mangels Alternativen werden Medikamente symptombezogen außerhalb ihres eigentlichen Zulassungsbereiches eingesetzt, was auch ein Regressrisiko für die Behandler*innen darstellt).

Antrag

Initiator*innen: Jusos Dresden (dort beschlossen am: 10.08.2024)

Titel: Fleisch ist von Gestern - Vegetarische und
Vegane Alternativen in (Frei)-Bädern anbieten

Antragstext

1 Der Unterbezirksparteitag der SPD Dresden möge beschließen und an die
2 Stadtratsfraktion der SPD weiterleiten:

3 In den dresdener Bädern gibt es oftmals eine große Auswahl an verschiedenen
4 Gerichten. Neben dem Altbekannten Freibadschnitzel oder der Bockwurst gibt es
5 oftmals jedoch nur eine sehr geringe, bis gar keine, Auswahl an
6 vegetarischen/veganen Gerichten. Viel zu oft sind ungesunde Pommes die einzige
7 vegetarische Alternative. Hinzu kommt, dass Salate, wie Kartoffel und Nudelsalat
8 mit Fleischsalat angeboten werden. In einer Gesellschaft, wo es viele
9 verschiedene Essgewohnheiten gibt, sollte es auch Fleischlose Gerichte in
10 öffentlichen Freibädern geben.

11 Daher beschließen Wir: Fleischlose Alternativen sollen in jedem städtischen Bad
12 angeboten werden müssen!

Begründung

Als Begründung sollte die Speisekarte des Mockritzer Bades ausreichend sein :D

https://www.speisekarte.de/dresden/restaurant/mockii_im_freibad_mockritz/speisek--arte

Antrag

Initiator*innen: Jusos Dresden (dort beschlossen am: 21.11.2023)

Titel: Reclaim the streets! Eine Stadt für Alle.

Antragstext

1 Der Unterbezirksparteitag der SPD Dresden möge beschließen:

2 Dass wir in einer patriarchalen Welt leben, ist mittlerweile linker
3 Grundkonsens. Doch die patriarchalen Strukturen waren nie ein rein soziales
4 Konstrukt, sondern manifestieren sich in unserer physischen Umwelt: Das
5 Patriarchat plant und baut Städte und im Gegenzug festigen die Städte das
6 Patriarchat. Stadtplaner*innen und Architekt*innen (beide primär männlich)
7 orientieren sich an stark patriarchal gefärbten Konzepten und Theorien. Diese
8 werden weitgehend als objektiver und wissenschaftlicher Konsens angesehen,
9 vernachlässigen aber an vielen Stellen Perspektiven, welche nicht cis-männlich
10 sind. Dies betrifft auch Dresden.

11 Die Straßen unserer Stadt sind für den Mann gemacht. Unsere gesamte
12 Infrastruktur baut auf dem veralteten Rollenbild des lohnarbeitenden Mannes und
13 der pflegenden Hausfrau auf. Diese muss viele Wege, meist mit dem Öffentlichen
14 Verkehr oder zu Fuß, bestreiten, um Kinder zur Kita oder Schule zu bringen,
15 Einkäufe zu erledigen und selbst Arbeiten zu gehen. Der Kinderwagen macht dies
16 noch komplizierter, denn für Kinderwagen sind auf Straßen und in Bussen meist
17 kein Platz. Im Kontrast muss der "Lohnarbeiter" "nur" von Zuhause (mit dem Auto)
18 zur Arbeit und zurück. Und dies darf er im Winter auf schneegeräumten Straßen,
19 während die erst später geräumten Fußwege durch Glatteis und Schnee gefährlich
20 bleiben. Diese Rollenbilder bauen darauf auf, dass die Frau generell eigentlich
21 gar nicht mobil sein muss, sondern sich nur Zuhause um Kinder und Küche kümmern
22 muss, während der Mann das Geld nach Hause bringt. Selbstredend sind diese
23 Rollenbilder bei Weitem veraltet, aber es ist weiterhin Grundlage unserer Städte
24 und benachteiligt jetzt alle Personen, welche sich um die Care-Arbeit in unserer

Gesellschaft kümmern und durch unseren modernen Stadtbau erheblich benachteiligt werden.

Ein weiterer Aspekt ist die Angst. FINTA*s¹ haben im öffentlichen Raum weit mehr Angst als Männer. Und obwohl die größte Gefahr vor Gewalt für FINTA*s statistisch im eigenen Zuhause steckt, muss es unser Anliegen sein, dass der öffentliche Raum für alle Menschen ohne Angst nutzbar ist. Angsträume dienen hierbei der gesellschaftlichen Disziplinierung von FINTA*s. Ein cis-Mann wird nie hinterfragt, wenn er alleine durch die Stadt läuft, während von FINTA*-Personen stets (mindestens unterbewusst) die Begleitung von weiteren FINTA*s oder eines Mannes erwartet wird, um mögliche Gefahren abzuwehren. Ziel von feministischer Stadtplanung muss deshalb eine so weit wie möglich gewalt- und angstfreie öffentliche Stadt sein, gleichwohl in voller Einsicht, dass patriarchale Gewalt erst endgültig durch die Zerstörung der patriarchalen Gesellschaft möglich ist.

Aber über wen reden wir in der feministischen Stadtplanung überhaupt? Über die Frau. Aber welche? Cis? Weiß? Heterosexuell? Mittelalt? Mittelschicht? Ohne Behinderung? Unser intersektional-queerfeministisches Verständnis muss alle marginalisierte Gruppen unserer Gesellschaft und ihre Bedürfnisse im Blick behalten. Denn wo durch eine Maßnahme die Stadt für eine marginalisierte Gruppe angenehmer und sicherer gestaltet wird, wird eine andere marginalisierte Gruppe gegebenenfalls mehr Angst und Gefahren ausgesetzt. Mehr Polizei wird eventuell das Sicherheitsgefühl von weißen cis-Frauen erhöhen, aber Women of Colour werden möglicherweise mehr polizeilicher Repression ausgesetzt. Deshalb muss unsere feministische Stadtplanung immer intersektional sein!

Wir fordern deshalb folgende Maßnahmen, um Dresden feministischer und intersektionaler zu gestalten:

Der **ÖPNV** muss ausgebaut werden. Neben einem generellen Ausbau der Bus- und Bahnlinien muss die Taktfrequenz von Bus und Bahn in der Nacht erhöht werden. Auch muss das Ziel sein, an jeder Haltestelle digitale Anzeigen mit den aktuellen Abfahrtszeiten einzurichten. Weiterhin muss beim Ausbau von Haltestellen und der Anschaffung von Bussen und Bahnen auf alle Bedürfnisse geachtet und es müssen alle möglichen physischen Barrieren abgebaut werden. Und es muss der Anruflinientaxi-Service "alita" der DVB stark ausgebaut werden, da er derzeit nur auf dem Papier eine gute Idee ist.

Das **Bike-Sharing** mittels MobiBike muss auch erweitert werden! Bike-Sharing ist für Menschen, welche durch Angsträume z.B. Nachhause müssen, eine gute Möglichkeit, diese Strecke schnell zu überbrücken. Deshalb sollte an jeder ÖPNV-Haltestelle ein MobiPunkt eingerichtet und dabei sichergestellt werden, dass an

diesen auch genügend MobiBikes zur Verfügung stehen, vor allem Nachts. Auch müssen entsprechen die Fahrrad-Rückgabegebiete ertweitert werden.

Vor allem Menschen, die Care-Arbeit leisten, würden stark von einem **Dresden der kurzen Wege** profitieren. Hier werden alle Orte zur Stillung menschlicher Bedürfnisse (Wohnung, Arbeit, Einkauf, ...) zu Fuß, mit Fahrrad oder ÖPNV innerhalb von 15 Minuten untereinander erreichbar sein. Dieses Konzept verlangt dementsprechend auch, dass **Dresden autofreier** wird. Deshalb fordern wir auch die Einrichtung von autofreien Vierteln, mehr Fahrradstraßen und mehr Fahrradabstellmöglichkeiten.

Aus unserer materialistischen Analyse heraus müssen wir FINTA*-Personen bei der Care-Arbeit unterstützen. Ein Aspekt ist, dass das **Netz an Kitas** ausgewogen und gut verteilt ausgebaut werden muss. Weiterhin müssen FINTA*s **im Bereich Wohnen** unterstützt werden. Es braucht mehr günstigen sozialen Wohnraum. Auch muss bei Neubauten von heteronormativen Wohnkonzepten abgekommen werden, damit Wohnungen den Bedürfnissen von allen Menschen in allen möglichen Wohnkonstellationen gerecht werden.

Damit sich FINTA*-Personen in der Öffentlichkeit sicherer fühlen, müssen mehr **öffentliche Räume zum kurzen Aufenthalt** eingerichtet werden. Das können z.B. Cafés sein, es darf aber keine Verpflichtung zum Kauf von Produkten bestehen. Weiterhin benötigt Dresden **mehr öffentliche Toiletten, mehr Sitz- und Verweilmöglichkeiten und mehr Mülleimer**. Die öffentlichen Toiletten sollen hierbei für alle Geschlechter offen und barrierefrei sein. Damit diese als Savespace funktionieren, sollen insbesondere Einzeltoiletten mit Waschbecken errichtet werden, die vollkommen abschließbar sind. Zusätzlich ist es notwendig, dass alle öffentlichen Toiletten und Toiletten öffentlicher Einrichtungen **kostenlose Menstruations- und Hygieneartikel** zur Verfügung stellen.

Vor allem für die Nacht müssen mehr Maßnahmen ergriffen werden, damit sich FINTA*s und andere marginalisierte Gruppen sicherer fühlen können. Eine **effiziente Beleuchtungsstrategie** muss hierbei eine Maßnahme sein. Weiterhin können **Apps zur schnellen Benachrichtigung von lokalen Hilfestellen** helfen. Auch **Heimwegtelefone**, welche Menschen beim Heimweg telefonisch begleiten, müssen ausgebaut werden. Zur Prävention muss Dresden auch eine **Öffentlichkeitskampagne** zu und **Bildungsmaßnahmen** gegen sexualisierte Gewalt und Übergriffllichkeit starten, um hierfür in der breiten Stadtgesellschaft zu sensibilisieren.

Die Stadt muss für Opfer sexualisierter Gewalt in der Öffentlichkeit, z.B. in Bahnhöfen und in der Innenstadt, **sichere Rückzugsorte mit Awareness-Teams und Sozialarbeiter*innen** einrichten, welche Betroffenen stets schnelle Unterstützung geben können. Auch bei öffentlichen Veranstaltungen wie Konzerten und

101 Stadtfesten muss künftig ausreichende Awareness-Arbeit sichergestellt werden.
102 Die Stadt soll hierfür sich und externe **Betreiber*innen von öffentlichen**
103 **Veranstaltungen zu Awarenesskonzepten verpflichten!**

104 Auch die Sichtbarkeit von FINTA*s in der Öffentlichkeit gehört zu einer
105 feministisch-intersektionalen Stadt dazu. Deshalb fordern wir, dass es **mehr**
106 **Denkmäler von und mehr Straßen-, Schul- und Ungebäude-Benennungen mit FINTA*-**
107 **Personen gibt.**

108 Bei allen Maßnahmen muss aber auch sichergestellt werden, dass **FINTA*s ihre**
109 **Interessen artikulieren** können. Hierfür wäre die Einrichtung von kommunalen
110 FINTA*-Plattformen eine Möglichkeit. Natürlich sollten aber nicht nur FINTA*s
111 dafür verantwortlich sein, dass ihre Perspektiven stets eine Rolle spielen. Es
112 müssen **FINTA*-Perspektiven auf jeder Agenda** stehen. Hierbei eignet sich ein
113 detailliertes intersektionales Gendermainstreaming bei jedem Stadtratsbeschluss.
114 Auch bei Bürger*innenbeteiligungen, z.B. Online-Anfragen, welche eindeutig
115 niedrigschwelliger und öfter geschehen müssen, müssen klar
116 Marginalisierungskriterien abgefragt werden, welche auch in der Auswertung
117 entsprechenden Stellenwert erhalten müssen. Letztendlich hilft aber keine
118 Umfrage, keine Beteiligungsmöglichkeit und kein Beirat, wenn die entscheidenden
119 Personen mehrheitlich cis-männlich sind. **FINTA*-Personen müssen in kommunale**
120 **Entscheidungspositionen!** Hierfür sehen wir auch eine Geschlechterquote bei den
121 Kommunalwahlen und den kommunalen Ämtern als notwendig an.

122 [1] FINTA* = Frauen sowie Inter, Nicht-Binäre, Trans- und Agender Personen
123 (sowie weitere Menschen, die sich nicht mit den gesellschaftlichen Kategorien
124 männlich/weiblich identifizieren)

Begründung

Quellen bzw. Lesenswertes:

Leslie Kern: Feminist City (Unrast Verlag)

Caroline Criado-Perez: Unsichtbare Frauen. Wie eine von Daten beherrschte Welt die Hälfte der Bevölkerung ignoriert (btb Verlag)

Zeit Online:

<https://www.zeit.de/mobilitaet/2019-09/staedteplanung-maenner-geschlechtergerechtigkeit-berlin-bruessel-barcelona>

Antrag

Initiator*innen: Jusos Dresden (dort beschlossen am: 10.08.2024)

Titel: Dresden als #SafePlace4Women

Antragstext

1 Der Unterbezirksparteitag der SPD Dresden möge beschließen und an die
2 Stadtratsfraktion der SPD weiterleiten:
3 Die SPD-Stadtratsfraktion soll sich an der europäischen Kampagne
4 #SafePlace4Women der PES Group in the European Committee of the Regions
5 beteiligen und auf den Beschluss einer entsprechenden Erklärung im Stadtrat
6 hinwirken. Die Erklärung soll sich hierbei an dem Muster der europäischen
7 Kampagne orientieren und kann weitere und ergänzende Punkte entsprechend
8 bestehender Beschlusslage der SPD Dresden enthalten.

Begründung

Dass weiblich gelesene Menschen in ihrem Leben einer Vielzahl an Belästigung und (sexualisierter) Gewalt ausgesetzt sind, ist für uns leider nichts überraschendes. Eine Dunkelfeldstudie des Freistaat Sachsen von 2023 kam u.a. zum Ergebnis, dass 96 % der befragten weiblich gelesenen Personen schon sexuelle Belästigung bzw. Gewalt erlebt haben. Für uns alle ist selbstverständlich, dass das ein untragbarer Zustand ist.

Die PES Group in the European Committee of Regions, ein Zusammenschluss von sozialistischen und sozialdemokratischen Kommunalpolitiker*innen, hat im März 2023 die Kampagne #SafeSpace4Women ins Leben gerufen mit dem Ziel, dass sich europäische Städte zu dem Ziel bekennen, ein sicherer Ort für weiblich gelesene Menschen zu sein und erste Maßnahmen zu ergreifen. Wir möchten, dass die SPD-Stadtratsfraktion die Initiative ergreift, einen entsprechenden Beschluss für Dresden im Stadtrat herbeizuführen.

Klar ist festzuhalten, dass ein Bekenntnis von Dresden zur Sicherheit von weiblich gelesenen Menschen (inkl.

erste Maßnahmen) nicht genug ist, jedoch ist es ein erster Schritt in Richtung Bekämpfung (sexualisierter) Gewalt gegen weiblich gelesene Menschen.

Link zur Kampagne der PES Group: <https://pes.cor.europa.eu/campaign/safeplace4women>

Weiteres Lesenswertes:

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/politik/dunkelfeldstudie-gewalt-vergewaltigung-frauen-angriffe-100.html> (Zusammenfassung der Studie)

<https://www.medienservice.sachsen.de/medien/medienobjekte/586319> (Die Studie)

Antrag

Initiator*innen: Jusos Dresden (dort beschlossen am: 14.10.2022)

Titel: Mehr Schulen nach FINTA*-Personen benennen

Antragstext

Die SPD Dresden möge beschließen und an die SPD-Stadtratsfraktion weiterleiten:

Die Stadt Dresden soll zukünftig mehr Schulen nach FINTA*-Persönlichkeiten¹ aus Dresden benennen. Hierbei sollen sowohl bei Schulen, welche gerade eingerichtet werden nach FINTA*-Persönlichkeiten benannt werden, als auch schon bestehende Schulen, welche bisher noch nicht nach Persönlichkeiten benannt sind, umbenannt werden.

Wo möglich, soll die Schulgemeinschaft, vor allem die Schüler*innen, in dieses Verfahren einbezogen werden. Hier soll der Schulgemeinschaft eine kleine Auswahl an FLINTA*-Persönlichkeiten vorgeschlagen werden.

Folgende FLINTA*-Persönlichkeiten eignen sich sehr für Schul(um)benennungen:

- Lilli Elbe – eine der ersten Personen mit operativen Geschlechtsangleichungen
- Liselott Herforth – Physikerin und erste weibliche Rektorin einer deutschen Hochschule
- Melitta Bentz – Erfinderin von Kaffeefiltern
- Maria Reiche – Lehrerin und Erforscherin der Nazca-Linien

- Lea Grundig – sozialistische Künstlerin
- Leoni Wirth – Bildhauerin
- Jutta Fleck – Widerständlerin gegen das SED-Regime
- Paula Modersohn-Becker – Expressionistische Malerin
- Käthe Kollwitz – Grafikerin
- Toni Sender - Sozialdemokratin, Gewerkschafterin, Frauenrechtlerin und im Widerstand gegen den Nationalsozialismus aktiv
- Wilhelmine Kähler - Sozialdemokratin, setzte sich für die Teilhabe von Frauen in Gewerkschaften ein
- Irena Rüther-Rabinowicz - wurde als erste Frau an der Dresdner Kunstakademie immatrikuliert, Shoa-Überlebende, Preisträgerin des Nationalpreises der DDR für ihr künstlerisches Schaffen
- Greta Wehner - Sozialdemokratin, ermöglichte durch ihre Fürsorge-Arbeit die politische Arbeit Herbert Wehners

Fußnoten:

1 - FINTA* ist eine Abkürzung und steht für Frauen, intergeschlechtliche, nichtbinäre, trans und agender Personen. Der angehängte Asterisk dient dabei als Platzhalter, um alle nicht-binären Geschlechtsidentitäten mit einzubeziehen.

Begründung

Bisherige Geschichtserzählung suggeriert uns größtenteils, dass Geschichte von männlichen Personen gemacht wurde, dass Entdeckungen und Erfindungen stets von cleveren Männern gemacht wurden und Rekorde, „natürlicherweise“, nur von sehr starken Männern aufgestellt wurden. FINTA*-Personen haben hingegen in unserem Geschichtsverständnis zumeist keinen Platz, weil die von Männern geprägte Geschichtsschreibung ihnen erbrachte Leistungen abspricht. Außerdem machten es die jeweiligen Umstände FINTA*-Personen schier unmöglich, neben der Erfüllung gesellschaftlicher Pflichten, weitere Leistungen von historischer Bedeutung zu erbringen. Bei Erfolg wurde das Erreichte oftmals sowieso nicht für bare Münze genommen. Dabei sollte gerade FINTA*-Personen, die trotz Häme und Ignoranz Besonderes erbracht haben, den Platz in der Öffentlichkeit bekommen, der ihnen zusteht. Zugleich ist der Schulname sehr identitätsbildend für vor allem Schüler*innen. Deshalb ist es wichtig, den Schüler*innen die Möglichkeit zu

geben, sich mit FINTA*-Persönlichkeiten zu identifizieren. Zudem regt der Schulname die Schüler*innen auch dazu an, sich über die Persönlichkeiten zu beschäftigen. Auch in diesem Fall ist eine größere FINTA*-Repräsentanz wichtig. Die Umbenennung ist ein wichtiger Beitrag für eine gleichgestellte Gesellschaft aller Menschen der Gesellschaft.

Antrag

Initiator*innen: OV Dresden-West (dort beschlossen am: 25.09.2024)

Titel: Dresdener Haushalt sanieren

Antragstext

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an die Stadtratsfraktion
2 weiterleiten.

3 Die Dresdener SPD setzt sich für eine Streichung weiterer ausgabewirksamer
4 Aktivitäten für die

- 5 • Ausrichtung der Bundesgartenschau BUGA 2033
- 6 • Sanierung des Fernsehturms
- 7 • Ausrichtung weiterer Rathausparties
- 8 • Durchführung weiterer üppiger Dienstreisen des OB nebst sämtlichen
9 Mitgliedern des Stadtrates und der Stadtverwaltung in Führungspositionen
- 10 • Errichtung eines weiteren Rathauses Verwaltungszentrum II

11 für die nächsten 5 Jahre ein.

Begründung

Es klappt ein Haushaltsloch von 150 Millionen Euro. Und der zwingende Neubau der historischen Carolabrücke von vermutlich 100 Millionen Euro ist da noch nicht enthalten. Angesichts dieser Haushaltslage

sind die Ausgaben auf ein Minimum zu Beschränken.

Über die Haushaltsmisere berichteten die DNN: <https://www.dnn.de/lokales/dresden/dresden-in-not-150-millionen-euro-weniger-im-stadthaushalt-SPBCMUD5MZAQNM6I5WMQIII5L4.html>

Die Ausrichtung der Bundesgartenschau BUGA 2033 kostet 80 Mio €.

<https://www.radiodresden.de/beitrag/buga-kostet-dresden-18-mio-euro-829528/>

Die Sanierung des Fernsehturms weitere 14 Mio €.

<https://www.saechsische.de/dresden/lokales/fernsehturm-dresden-foerdermittel-absage-5959333-plus.html>

Jede Ausrichtung einer weiteren Rathausparty kostet 400.000€.

<https://www.sachsen-fernsehen.de/400-000-euro-fuer-teenie-partys-im-rathaus-wurde-ob-hilberts-wahlkampf-manager-mit-lukrativen-oeffentlichen-auftraegen-versorgt-1498934/>

Die Durchführung weiterer üppiger Dienstreisen des offiziell ausgezeichneten „Schleudersachsen“ Dirk Hilbert nebst sämtlichen Mitgliedern des Stadtrates und der Stadtverwaltung in Führungspositionen sind zu vermeiden. Diese schlugen allein 2018 für Herrn Hilbert mit 34.000€ zu Buche.

<https://www.dnn.de/lokales/dresden/33-600-euro-reisekosten-dresdner-ob-dirk-hilbert-ist-schleudersachse-LRSDC72OUKA6ZKIFCORQOTOMAU.html>

Das Verwaltungszentrum II kostet 107 Mio. €. In einer Zeit, in der Homeoffice gang und gäbe ist!

<https://www.saechsische.de/dresden/dresden-plant-weiteres-rathaus-fuer-107-millionen-euro-5949851-plus.html>

Es ist einer Familie mit 2 Kindern nicht zu erklären, dass

- Der Neubau der Oberschule an der Cockerwiese
- Der Ausbau des Gymnasiums Gorbitz
- Der Neubau der Kita an der Herzberger Straße

gestrichen werden sollen, während zeitgleich obige Kostenpositionen den Etat belasten.

Als sozialdemokratische Partei sollten wir den Schwerpunkt der Ausgaben auf soziale Anliegen setzen und Prestigevorhaben auf einen Zeitpunkt mit einer günstigeren Haushaltslage verlegen.

Antrag

Initiator*innen: OV Dresden-West (dort beschlossen am: 25.09.2024)

Titel: **Sanierung oder Neubau Carolabrücke darf nicht
auf den Schultern der Dresdner Bevölkerung
finanziert werden**

Antragstext

- 1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an die Stadtratsfraktion
- 2 weiterleiten.

- 3 Die Dresdener SPD setzt sich dafür ein, dass die Finanzierung dieser Baumaßnahme
- 4 nicht durch Kürzungen im Sozial-, Kultur- und Bildungsbereich erfolgt.

Begründung

Durch das Zurückstellen von für Dresden aktuell nicht existentiellen Maßnahmen, wie z.B. Bundesgartenschau (80 Mio.) und Fernsehturm (14 Mio.) oder Verwaltungszentrum II (107 Mio.) kann die Finanzierung sozialverträglich erfolgen.

Antrag

Initiator*innen: Unterbezirksvorstand (dort beschlossen am: 27.09.2024)

Titel: Dresden 2026: Zukunft für alle - für eine soziale,
solidarische und lebenswerte Stadt

Antragstext

Dresden steht an einem Wendepunkt. **Die Stadt mit ihren weltberühmten Blicken muss mehr sein als nur eine Postkartenidylle.** Denn steigende Mieten, der Verlust junger Kreativer und die mangelhafte Infrastruktur belasten die Stadt. Gleichzeitig gibt es enorme Potenziale: Dresden entwickelt sich zu einem Zentrum der globalen Halbleiterindustrie. Dresden verfügt über eine starke Forschungs- und Wirtschaftsbasis. Und nicht zuletzt: Dresdens Kulturszene pulsiert. Wir, die SPD Dresden, setzen uns dafür ein, dass Dresden eine Stadt des Lebens, der Chancen und der Möglichkeiten ist – durch sozialen Ausgleich, bezahlbaren Wohnraum, eine moderne Infrastruktur und eine Politik, die alle Menschen und alle Stadtteile in den Blick nimmt.

“Unser schönes Dresden”, muss für alle Dresdner:innen gelten können

Dresden verliert an Attraktivität. Die Mieten steigen in vielen Stadtteilen so stark, dass immer mehr Menschen Schwierigkeiten haben, eine passende Wohnung zu finden. Wir fordern daher den Ausbau von bezahlbaren Wohnungen, besonders durch kommunale Wohnungsbauprojekte durch die „Wohnen in Dresden“ (WiD) und Wohnungsgenossenschaften. Wegen des Bevölkerungswachstums müssen deutlich mehr Wohnungen in deutlich kürzerer Zeit gebaut werden. **Wohnen muss auch für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen in Dresden bezahlbar bleiben.** Wir wollen, dass alle einen Ort zum Leben in der Stadt finden: Sei es die junge WG in der Neustadt, das Start-up in einem kreativen Co-Working-Space, Senior:innen, oder die alleinerziehende Mutter, die auf bezahlbare Mieten angewiesen ist. Auch die Kitas und Schulen der Stadt müssen überall beste Lern- und Lehrbedingungen

bieten, um Bildungsgerechtigkeit für alle sicherzustellen. Trotz sinkender Kinderzahlen will die SPD die hohe Dichte an Kitas erhalten, damit die Betreuungsqualität nicht leidet. Elternbeiträge dürfen nicht angehoben werden.

Auch Einsamkeit ist ein großes soziales Thema in unserer Stadtgesellschaft, deshalb sind niederschwellige Begegnungsorte für alle Generationen dringend notwendig, seien es offene Jugendclubs oder Seniorenbegegnungsstätten. Es braucht in allen Stadtteilen eine flächendeckende soziale Landschaft und Gesundheitsversorgung sowie Sport-, Kultur- und Freizeitangebote.

Dresden darf nicht stillstehen. Die Mobilitätswende beginnt in den Großstädten. **Mobilität muss flexibel, günstig und unkompliziert sein.** Mit den Dresdner Verkehrsbetrieben haben wir einen starken Mobilitätsdienstleister, der seit Jahren höchste Zustimmungswerte von Fahrgästen erhält. Die Dresdner:innen brauchen auch auf lange Sicht einen öffentlichen Nahverkehr, der sie schnell und bezahlbar überall hinbringt. Egal, ob nachts von der Party in der Neustadt, morgens zur Uni oder in die Berufsschule, zur Arbeit oder zum Hausarzt – Busse und Bahnen müssen zuverlässig und erschwinglich sein. Denn: Mobilität darf keine Frage des Geldbeutels sein. Zentral werden der Ausbau der Campuslinie und der Bus- und Bahnanbindung in die Industriegebiete im Dresdner Norden sein, um Studierenden und Arbeitnehmer:innen den Umstieg auf die Öffis zu ermöglichen. Auch in den Ortsteilen muss die Mobilität ohne eigenes Auto möglich werden mit ÖPNV on demand und einer Ausweitung der Leihfahrrad-Infrastruktur.

Der Einsturz der Carolabrücke hat deutlich gemacht, wie wichtig eine moderne und sichere Infrastruktur ist. Die SPD fordert daher massive Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, um solche Vorfälle künftig zu verhindern und die Stadt für das Wachstum zu rüsten. Der Ausbau des ÖPNV ist dabei auch eine Frage der Nachhaltigkeit. Eine Großstadt wie Dresden muss zukunftsfähig denken: klimafreundliche Mobilität und kühlende Grünflächen, die es allen ermöglichen, die Stadt in vollen Zügen zu erleben.

Und Dresden hat viel zu bieten. **Die Stadt vibriert, wenn ihre Club- und Kulturszene lebt.** Nicht ohne Grund zieht es immer mehr junge Kreative und Gründer:innen in andere Städte wie Berlin oder Leipzig. Wir wissen, dass junge Menschen eine Stadt brauchen, die atmet, die inspiriert und die Freiräume schafft. Theater, Museen und die Dresdner Neustadt gehören genauso zu Dresden wie die elektronischen Beats der Clubkultur. Die SPD setzt sich dafür ein, dass diese lebendige Szene erhalten wird und wachsen kann. Es darf kein Entweder-oder zwischen Hochkultur und freier Szene geben. Clubs und Kulturprojekte sind für das urbane Lebensgefühl entscheidend und dürfen nicht verdrängt werden.

Dresden muss massiv in seine Zukunft investieren

Dresden ist nicht nur eine Stadt zum Wohnen, sondern eine Stadt zum Machen. Denn auch im Bereich der Wirtschafts- und Stadtentwicklung setzen wir als SPD klare Prioritäten. Die Möglichkeiten für junge Gründer:innen und Kreative sind enorm. Dresden entwickelt sich dank des Silicon Saxony zu einem globalen Zentrum der Halbleiterindustrie. Unternehmen wie TSMC schaffen tausende neue Arbeitsplätze und sichern den Wohlstand der Stadt. Silicon Saxony macht Dresden zu einem Hotspot der Technologie – die Zukunft der Digitalwirtschaft entsteht hier. Davon profitieren vor Ort auch Handwerker:innen, Einzelhändler:innen und Lagerarbeiter:innen. Wir wollen aber, dass junge Talente nicht nur für große Unternehmen arbeiten, sondern auch ihre eigenen Ideen umsetzen können. Egal, ob Start-up im Bereich der Mikroelektronik oder das nächste große Projekt in der Kulturbranche: Dresden soll der Ort sein, an dem Visionen Realität werden. Wir müssen die Forscher:innen in der Stadt halten und stärken, die hier vielleicht den Dresdner Dax-Konzern von morgen gründen. Wenn mehr Menschen hier bleiben, gibt es vielleicht mehr Unternehmen wie „sunfire“, das als Start-up in Dresden gegründet wurde und erst dieses Jahr als inzwischen weltweit agierendes Unternehmen ein 100-Millionen-Euro-Darlehen für Investitionen von der Europäischen Investitionsbank bekommen hat. Wir fördern diese Gründerszene mit neuen Räumen, Netzwerken und Unterstützung, damit die Stadt zu einem Magneten für Macher wird. Dieses Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum muss dabei von massiven und zukunftsfähigen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur begleitet werden. Die falsche Sparsamkeit einer schwarzen Null kann sich sonst schnell rächen.

Aber wir wissen auch, dass es in der Stadt nicht nur um Arbeit und Kultur geht – es geht um das Leben. Für uns ist klar: Dresden muss für alle offen sein. Ein Ort, an dem Vielfalt gelebt wird, an dem sich Menschen aus allen Teilen der Welt willkommen fühlen, und an dem konsequent gegen Rechtsextremismus vorgegangen wird. Denn Dresden ist auf Zuwanderung angewiesen. Wir müssen verhindern, dass Menschen gar nicht erst nach Dresden kommen oder weggehen, weil sie Ablehnung, Diskriminierung oder gar Gewalt erfahren. Lange Wartezeiten auf die Staatsbürgerschaft, schwieriger Familiennachzug und mangelnde Unterstützung in Verwaltungen schrecken viele kluge Köpfe ab. Wenn wir es ernst meinen mit einer zukunftsfähigen, offenen, modernen und wirtschaftlich erfolgreichen Stadt, dann sind wir auf diese Zuzüge aber angewiesen. Die Ergebnisse der Wahlen in Sachsen und Dresden zeigen, dass es umso dringender ist, dass wir handeln. Die Dresdner Stadtgesellschaft muss solidarisch mit diesen Menschen sein! Auch junge Menschen brauchen ein Klima der Toleranz und Offenheit, in dem sie sich entfalten können und bleiben wollen. Dresden soll nicht nur sicher, sondern auch einladend und inspirierend sein – eine Stadt, die Möglichkeiten bietet und nicht Grenzen setzt.

Zusammenarbeit statt Dauerstreit

Dresden muss den Mut haben, groß zu denken. Mit einer modernen Infrastruktur, die mehr ist als nur funktional. Mit Brücken, die nicht nur Elbufer, sondern auch Menschen und Ideen verbinden. Mit Investitionen in die Zukunft, die dafür sorgen, dass Menschen gerne bleiben oder in die Stadt ziehen. Wir brauchen also ganzheitliche Konzepte für die Stadtentwicklung, die alle Menschen in den Blick nimmt. Das bedeutet für uns auch: weg von ideologischem Streit, hin zu konstruktiven Lösungen und klaren Prioritäten. Dresden kann die vor uns liegenden Aufgaben nur bewältigen, wenn Stadtspitze, Stadtrat und Stadtverwaltung an einem Strang ziehen. Die Stadtpolitik muss für die Menschen arbeiten, nicht gegeneinander.

Dresden kann mehr – Dresden ist mehr.

Eine Stadt, die lebt, die atmet, die in die Zukunft geht. Wir von der SPD Dresden kämpfen dafür, dass diese Vision Wirklichkeit wird. Für alle, die in Dresden ihr Leben, ihre Träume und ihre Zukunft gestalten wollen. Wir wollen eine Stadt, die dabei solidarisch ist und niemanden auf diesem Weg zurücklässt.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag

Initiator*innen: OV Dresden-West (dort beschlossen am: 25.09.2024)

Titel: **Stadtweite Planung von Veranstaltungen und Terminen der Mandatsträger im Unterbezirk Dresden**

Antragstext

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an den Vorstand des UB Dresden
2 weiterleiten:

3 Der Vorstand des SPD Dresden Unterbezirks erstellt ein Konzept für die Planung
4 von Veranstaltungen und Terminen der Mandatsträger im gesamten Dresdner
5 Stadtgebiet. Dabei sollen vor allem auch Stadtteile welche aktuell über keine
6 SPD-Mandatsträger in Stadtrat, Landtag oder Bundestag verfügen durch
7 entsprechende Veranstaltungen der Mandatsträger aus benachbarten Stadtteilen
8 unterstützt werden. Nach der Erstellung des Konzepts soll der UB-Vorstand alle 6
9 Monate über den aktuellen Stand der Planungen für das laufende Jahr beschließen
10 und berichten.

Begründung

In Stadtteilen in den aktuell keine Mandatsträger in Stadtrat, Landtag oder Bundestag gewählt wurden ist die Repräsentanz der SPD in der Bevölkerung unter schwierigen Vorbedingungen. Eine Planung von Veranstaltungen liegt in der jeweiligen Verantwortung der Ortsvereine, jedoch ist eine Themen- und Terminplanung ohne eine koordinierende Wirkung des UB mit erhöhten Schwierigkeiten verbunden.

Unterstützer*innen

(OV Dresden-Striesen)

Antrag

Initiator*innen: OV Dresden-West (dort beschlossen am: 25.09.2024)

Titel: Digitale und Hybride Wahlen und Beschlüsse
von Ortsvereinen ermöglichen

Antragstext

- 1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:
- 2 Der Unterbezirksvorstand wird beauftragt zu prüfen, ob Wahlen und Beschlüsse
- 3 zukünftig online, per Briefwahl oder hybrid stattfinden können.

Begründung

Einfache Wahlen und formale Angelegenheiten sind ohne Frage wichtig. Jedoch führen diese Angelegenheiten dazu, dass die Sitzungen der Ortsvereine weit in die Länge gezogen werden. Außerdem müssen häufiger Sitzungen stattfinden.

Als Werkzeug bietet sich hierfür die Umgebung „cloud.rote.tools“ an.

<https://cloud.rote.tools>

1. Diese soll um ein Abstimmungsprogramm erweitert werden.
2. Zusätzlich sollen Stimmblocke gedruckt werden, welche als Briefwahlunterlagen verwendet werden können. Dies ermöglicht auch älteren Mitgliedern die Abgabe einer Stimme.

Dem Ortsvorsitzenden obliegt es, eine Abstimmung anzubereiten. Die Abstimmungsoptionen werden durch

ihn in die Anwendung eingepflegt und es wird ein Abstimmungszeitraum festgelegt. Im Anschluss an diesen definierten Zeitraum erfolgt die Sitzung des Ortsvereins, welche auch remote verfolgt werden kann.

Hier erfolgt die eigentliche Wahl unter Berücksichtigung der Briefwahlunterlagen, sowie der Abstimmungsergebnisse in der Anwendung.

Antrag

Initiator*innen: OV Elbhang/Schönfelder Hochland (dort beschlossen am: 16.09.2024)

Titel: Ursachenanalyse der Landtagswahl 2024

Antragstext

- 1 Der Unterbezirk Dresden setzt sich in geeigneter Weise dafür ein, dass
- 2 kurzfristig eine unabhängige, neutrale fachliche Analyse der Landtagswahl 2024
- 3 in Auftrag gegeben wird.

Begründung

Das wiederholt schlechte Wahlergebnis der SPD bei der Landtagswahl 2024 hat gezeigt, dass wir die Wähler:innen nicht von unseren Zielen überzeugen können oder dass sie uns nicht zutrauen, die richtigen Konzepte zu haben. Haben wir also auf die falschen Themen gesetzt und war es klug, die Bundespolitik auszuklammern? Haben wir unsere Werte nicht glaubhaft vermittelt? Waren unsere Kandidat:innen nicht ansprechend genug? Sind die gesetzten Schwerpunkte nicht mehrheitsfähig gewesen? Können wir mit einem eigenständigen Markenkern, z.B. mit einem Fokus auf Basiswirksamkeit und direkte Demokratie mehr erreichen? Nur, wenn diese und ähnliche Fragen korrekt beantwortet und die Ergebnisse objektiv ausgewertet werden, können wir dazulernen und einschätzen, wie wir in Zukunft bessere Ergebnisse erzielen. Das Auswertungsergebnis ist transparent darzustellen, damit unsere Basis den weiteren Weg der SPD verstehen und aufgrund eigener Überzeugung beschreiten kann.

Antrag

Initiator*innen: Einzelmitglied (Eduard von Asow) (dort beschlossen am: 27.09.2024)

Titel: **Komplette Darstellung (Verlinkung) aller OV in Sachsen unter der Internetseite der sächsischen SPD**

Antragstext

1 Die SPD Sachsen erweitert die Internetseite der www.spdsachsen.de einmalig und
2 in der Folge dauerhaft derart, dass von dort ausgehend alle sächsischen
3 Ortsvereine mit ihren Homepages, ihren Internetseiten zu finden sind. Die
4 sächsische SPD legt diese standardmäßig für alle Ortsvereine an.

Begründung

In Zeiten, in denen Weltkonzerne sämtliche Tochterunternehmen selbstverständlich verlinken, erscheint das sehr kleinteilige Nebeneinander vieler individueller Lösungen und abweichender Internetauftritte in der sächsischen SPD einer Volkspartei unwürdig.

Rein technisch lassen sich entweder mit den roten Tools oder mit der Brandenburger Lösung zwei Anbieter einbinden, die über standardmäßig angelegte Verlinkungen den Zugang zu jedem einzelnen Ortsverein ermöglichen. Praktikabel erscheinen ein, maximal zwei Designs, die die Ortsvereine dann noch mit Fakten füllen.

Die Vorteile überwiegen die Kosten für die einzelnen OV bei weitem:

- die einzelnen Ortsvereine müssen das Rad nicht neu erfinden, bei Mandatsträgerwechseln nicht mühsam recherchieren, was zu tun und einzupflegen ist, sondern können sich auf Inhalte, Bilder und konkrete Basisarbeit konzentrieren

- Termine und Aktivitäten angrenzender Ortsvereine oder bei Ortsvereinen, in deren Region man sich zufällig aufhält, können leicht ermittelt und unterstützt werden
- sich überlappende Termine können einfach vermieden werden
- Kosten könnten durch Mengenrabatte deutlich reduziert werden für die SPD Sachsen
- Veranstaltungen einzelner OV können (nach Absprache) landesweit beworben werden
- inaktive Ortsvereine können leichter identifiziert werden
- schwarze Löcher der SPD Präsenz in der Region können gezielt vermieden werden
- landesweite, kreisweite Kalender ergeben sich ohne große Zusatzaufwände
- Sichergestellte Mindestanforderung an das äußere Erscheinungsbild (Corporate Design)

Der Antragsteller fordert im Sinne einer nachhaltigen Zielverfolgung dazu auf, in einer überschaubaren Frist von 1 Monat die Optionen und Kosten abzuwägen und in weiteren 2 Monaten eine entsprechend vollständige Struktur an die Internetseite der Sachsen SPD anzubinden.

Die zukünftige Entwicklung der SPD sollte durch eine einfach zu erreichende professionellere Organisation und Darstellung erleichtert werden. Der vorliegende Antrag stellt einen wichtigen Schritt in diese Richtung dar.

Unterstützer*innen

Anna Dill, Alexandra Wever-Eschenbach, Christa Diddens, Christian Bornheimer, Helge Thied, Ingrid Glöckner, Michael Kunath, Richard Ringeis, Robert Schramm, Steve Martin Klinger, Daniel Bemmerer

Antrag

Initiator*innen: OV Elbhang/Schönfelder Hochland (dort beschlossen am:
16.09.2024)

Titel: Mitgliederabstimmung vor den
Koalitionsverhandlungen

Antragstext

- 1 Der Unterbezirk Dresden setzt sich in geeigneter Weise dafür ein, vor dem Beginn
- 2 von Koalitionsverhandlungen nach der Landtagswahl 2024 einen Mitgliederentscheid
- 3 über die Frage herbeizuführen, mit wem die SPD koaliert.

Begründung

In den Koalitionen mit der CDU hat sich die sächsische SPD immer mehr marginalisiert. Schon eine Fortsetzung dieser Kombination ist daher kritisch zu sehen. Erstrecht gilt das für ein Zusammengehen mit dem Bündnis Sarah Wagenknecht, von dem man nicht viel mehr weiß, als dass diese Partei sich allein über ihre poststalinistisch denkende Vorsitzende definiert. Gerade im Hinblick auf die historische Erfahrung mit einer kommunistischen Einheitspartei hierzulande ist fraglich, ob unsere Mitglieder einen solchen Schritt mitgehen werden. Das finden wir nur heraus, wenn wir sie fragen, und zwar bevor vollendete Tatsachen geschaffen werden.

Antrag

Initiator*innen: OV Elbhang/Schönfelder Hochland (dort beschlossen am:
16.09.2024)

Titel: Wahl der Parteivorsitzenden durch die
Mitglieder

Antragstext

1 Der Unterbezirk Dresden setzt sich in geeigneter Weise dafür ein, die Statuten
2 der SPD Sachsen so zu ändern, dass der Parteivorsitz - möglichst als
3 Doppelspitze - von allen Parteimitgliedern bestimmt wird. Das gilt besonders für
4 die nächsten Vorstandswahlen, seien sie ordentlich oder außerordentlich
5 anberaumt.

Begründung

Das zum wiederholten Mal (nach 2019) sehr schwache Wahlergebnis der SPD bei den Landtagswahlen 2024 in Sachsen verlangt nach einer Strategieänderung, die nur mit einer entsprechend geänderten personellen Aufstellung möglich ist. Die Bestimmung des Parteivorsitzes durch die Mitglieder - durch Mitgliederentscheid oder wie in der Bundespartei durch ein als verbindlich anzusehendes Votum - sichert durch mehr Wettbewerb die Qualität der Personalauswahl, belebt die Partei insgesamt und setzt mit einer wirksamen Beteiligung der Basis ein klares Zeichen für progressive Politik. So können wir dem Anschein einer SPD als „Funktionärspartei“ deutlich entgegenreten.

Antrag

Initiator*innen: OV Dresden-West (dort beschlossen am: 25.09.2024)

Titel: Breite Repräsentanz des UBV in der Dresdner
SPD – Maximale Zahl der Beisitzer ausnutzen

Antragstext

- 1 Der Unterbezirksparteitag möge gemäß §4 Absatz 2 des Unterbezirksstatuts
- 2 beschließen: Die Anzahl der Beisitzer wird auf 11 festgesetzt.

Begründung

Ein Vorstand mit 11 Beisitzern erhöht die Chancen auf eine breite Repräsentanz der Ortsvereine sowie der Mitglieder der Dresdner SPD. Neue UB-Vorstandsmitglieder können mit Hilfe eines Mentorings durch erfahrene Vorstandsmitglieder eingearbeitet werden.

Unterstützer*innen

(OV Dresden-Striesen)

Antrag

Initiator*innen: Jusos Dresden (dort beschlossen am: 14.10.2022)

Titel: Soziale Patenschaften für gleiche Chancen

Antragstext

1 *Der Unterbezirksparteitag der SPD-Dresden möge beschließen.*

2 Das Deutsche Grundgesetz besagt: "Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung
3 seiner Persönlichkeit." Das bedeutet auch, dass jedem Menschen, gleich seines
4 sozialen Hintergrundes, dieselben Chancen im Leben zustehen. In der Praxis
5 jedoch war bereits vor dem Beginn der Corona-Pandemie mehr als jedes fünfte Kind
6 oder Jugendliche von Armut entweder direkt betroffen oder befand sich zumindest
7 sehr nah an der Armutsgrenze. Im Zuge der Coronakrise und aufgrund der aktuellen
8 Energiekrise ist zu erwarten, dass diese Zahlen nochmals ansteigen. Kinderarmut
9 stellt hier ein nahezu unüberwindbares Hindernis auf dem Weg zu echter
10 Chancengleichheit dar. Kinder aus finanziell benachteiligten Haushalten haben
11 schlechtere Bildungschancen, weniger Möglichkeiten, ihre Freizeit ihren
12 Vorstellungen gemäß zu gestalten und werden somit zwangsläufig vom Rest der
13 Gesellschaft abgeschnitten.

14 Um das Prospekt gleicher Chancen zu wahren, soll deshalb beschlossen werden,
15 dass in Dresden/Sachsen ein, durch die Jusos unterstützter, Verein gegründet
16 wird, der es sich zum Ziel macht, durch den gezielten Einsatz von
17 Sozialpatenschaften Kontakte zu knüpfen, um gemeinsam Chancen für eine
18 gerechtere Zukunft zu schaffen.

19 Da diese Sozialpatenschaften auf ehrenamtlicher Arbeit basieren, fordern wir,
20 dass das Ehrenamt als Amt besonderen Interesses gilt und möchten, dass die
21 Rechtsvorschrift für Sonderurlaub für Mitarbeiter:innen der Jugendhöfe im
22 Sonderurlaubsgesetz von 12 auf 15 Tage angehoben wird.

Voraussetzung für die Übernahme einer Sozialpatenschaft ist ein Mindestalter von 18 Jahren sowie die Möglichkeit, regelmäßig 2-3 Stunden Zeit pro Woche zu investieren. Außerdem sollte vor Beginn ein erweitertes Führungszeugnis ohne Eintrag vorgewiesen werden.

Die Aufgaben der Sozialpat:innen setzen dort an, wo Hausaufgabenbetreuung aufhört. Auch bei Ämtergängen und Bildungsangelegenheiten möchten wir unterstützen. Hierbei soll es aber nicht um Betreuung gehen, vielmehr soll im Zuge des Sozialpatenprojektes Hilfe zur Selbsthilfe geleistet und Kontakte geknüpft werden. So wollen wir versuchen die Gräben unserer Gesellschaft gemeinsam zu überwinden.

Vielen finanziell eingeschränkten Familien fehlen die Mittel ihre Kinder in ihren Weiterbildungen, sei es künstlerische oder sportliche Betätigung oder Zugang zu digitalen Angeboten, adäquat zu unterstützen. Es soll die Aufgabe deshalb speziell ausgewählter Pat:innen sein, Kindern genau diese Chancen zu ermöglichen. Die Auswahl passender Pat:innen soll dabei nach eingehender Absprache mit den Eltern über eine Pat:innenbörse erfolgen, um das Alter der Kinder und die Fähigkeiten der Pat:innen perfekt aufeinander anzupassen. Die Pat:innen sollen bei der Durchführung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit durch Mittel des Landes Sachsen und durch Spenden so weit unterstützt werden, dass der Einsatz nicht aus eigener Tasche unterstützt wird. Das Alter der Kinder bzw Jugendlichen soll dabei auf eine Spanne von 6-18 Jahren begrenzt sein.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag

Initiator*innen: Jusos Dresden (dort beschlossen am: 30.04.2023)

Titel: Genoss*innenschaften für alle!

Antragstext

1 Der UB-Parteitag der SPD Dresden möge beschließen und über den Landesparteitag
2 der SPD Sachsen sowie den Bundesparteitag der SPD an die SPD-Bundestagsfraktion
3 weiterleiten.

4 Für uns als Jusos ist die Demokratisierung der Wirtschaft ein zentraler
5 Bestandteil unseres sozialistisches Selbstverständnisses. Eine Demokratie, in
6 der ein hoher Anteil der Macht in der Hand einiger weniger liegt, ist
7 langfristig nicht funktionsfähig und unsere kapitalistische Wirtschaftsordnung
8 sorgt durch ihre inhärente Kapitalakkumulation für genau diese
9 Machtkonzentration.

10 Die Unternehmensform der Genossenschaft kann im besten Fall dafür sorgen, dass
11 der Besitz an Produktionsmittel nicht in den Händen einzelner Kapitalist*innen,
12 sondern gemeinschaftlich in den Händen der „Beschäftigten“ (die in diesem Fall
13 auch Eigentümer*innen) der Betriebe liegen.

14 In Deutschland existieren bereits einige Wirtschaftszweige, in denen
15 Genossenschaftsmodelle üblich sind, wie Banken oder Wohnungsunternehmen. Diese
16 sind aber oftmals nur mangelhaft demokratisch organisiert, die
17 Mitbestimmungsrechte beschränken sich zum Teil auf Briefwahlen zu
18 Vertreter*innenversammlungen alle paar Jahre. Damit geht der besondere Charakter
19 der Genoss*innenschaft gegenüber anderen Eigentumsmodellen wie der
20 Aktiengesellschaft mehr oder weniger verloren. Unsere Idealvorstellung der
21 Genoss*innenschaft ist die einer aktiven demokratischen Selbstverwaltung, in der
22 sich alle Beteiligten als gleichberechtigte Inhaber*innen verstehen.

23 Wir fordern von staatlicher Seite nicht nur eine verstärkte steuerliche
24 Förderung des Genoss*innenschaftsmodells, als auch die Einführung, Bewerbung und
25 Beratung zu neuen Modellen des Genoss*innenschaftsmodells, wie Energie-,
26 Industrie- oder IT-Genoss*innenschaften. Zu diesem Zweck fordern wir die
27 Einführung von Genoss*innenschaftsberatungen, in der Menschen mit dem Willen zu
28 einer Unternehmung aktiv auf die Möglichkeiten der Genoss*innenschaft hingewiesen
29 werden. Auch Unternehmen, die oftmals akut nachfolgegefährdet sind (z.B. kleine
30 Handwerksbetriebe im ländlichen Raum) sollen aktiv auf die Möglichkeit der
31 Überführung oder Umwandlung in eine Genoss*innenschaft (auch in Kooperation
32 mehrerer betroffener Betriebe) hingewiesen werden.

33 Unser langfristiges Ziel ist die Überführung aller Unternehmen in Deutschland in
34 basisdemokratische Hand.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag

Initiator*innen: Jusos Dresden (dort beschlossen am: 30.04.2023)

Titel: sprache2 = programmiersprache xor
fremdsprache, sprache3 = programmiersprache
xor fremdsprache

Antragstext

1 *Die SPD Dresden möge beschließen mit dem Ziel der Weiterleitung an den*
2 *Landesparteitag der SPD Sachsen:*

3 Während es im Jahr 1500 vielleicht hilfreich war, Sprachen wie Latein oder
4 Altgriechisch zu sprechen, dienen diese Sprachen heute nur noch
5 Medizinstudierenden, um sich die Namen von Knochen und Muskeln besser merken zu
6 können. Auch moderne Fremdsprachen wie Spanisch oder Französisch, die von vielen
7 Schüler:innen auch nach sieben Jahren Lernen kaum alltagstauglich beherrscht
8 werden, haben durch die weite Verbreitung des Englischen und gut
9 funktionierenden Übersetzungs-Apps an Bedeutung verloren.

10 Immer wichtiger wird im Informationszeitalter dagegen der Umgang und das tiefe
11 Verständnis von Software bis auf die Ebene der Programmiersprachen.
12 Programmiersprachen sind künstliche bzw. formale Sprachen. Ähnlich wie
13 natürliche Sprachen besitzen diese eine eigene Semantik und eine spezielle
14 Syntax. Solche Sprachen wirklich zu meistern, kann je nach ihrer Komplexität
15 Jahre des Trainings benötigen. Ähnlich wie bei anderen Sprachen gilt auch hier:
16 Je früher mit dem Erlernen angefangen wird, desto einfacher fällt es, die
17 Grundsätze zu erlernen. Außerdem hilft ein tiefes Wissen über den Aufbau und die
18 Anwendung einer Programmiersprache dabei, schnell eine weitere zu erlernen. Ein
19 modernes Schulsystem sollte also unbedingt das Erlernen einer Programmiersprache
20 aktiv fördern und nicht vollständig in Ganztagsangebote oder den viel zu selten
21 angebotenen Informatikunterricht auslagern.

22 Im Informationszeitalter sind wir alltäglich umgeben von Software: am
23 Handgelenk, in der Hosentasche, am Arbeitsplatz, in der Wohnung, ... Wenn jedoch
24 etwas nicht mehr funktioniert, sind die meisten von uns schnell aufgeschmissen.
25 Wer im 21. Jahrhundert Programmiersprachen beherrscht, kann sich nicht nur
26 selbst helfen, sondern ist in der Lage Abhängigkeiten von großen Konzernen zu
27 überwinden: Software ist das Produktionsmittel des Informationszeitalter, welche
28 vergesellschaftet werden muss, indem die Kompetenzen allen zur Verfügung
29 gestellt werden. Gemeinschaftlich entstehen große OpenSource-Projekte, von denen
30 alle profitieren.

31 Daher wollen wir, dass in sächsischen Schulen neben dem klassischen Angebot, als
32 zweite Fremdsprache eine natürliche Fremdsprache zu erlernen, auch die
33 Auswahlmöglichkeit „Künstliche und Formale Sprachen für Programmierung“
34 angeboten wird. In diesem Fach sollen dabei eine oder mehrere
35 Programmiersprachen sowie die zugehörigen Hintergrundkonzepte und formale
36 Sprachtheorie erlernt werden. Schüler:innen die als zweite Fremdsprache eine
37 natürliche Fremdsprache erlernen, sollen zudem die Möglichkeit haben als dritte
38 Fremdsprache „Künstliche und Formale Sprachen für Programmierung“ zu belegen.
39 Ziel ist, diese Wahlmöglichkeit an allen Schulen anzubieten.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag

Initiator*innen: OV Dresden-Mitte (dort beschlossen am: 24.09.2024)

Titel: Unser Plan für einen Sozialdemokratischen Städtebau

Antragstext

1 Kaum ein Thema wird in Dresden häufiger diskutiert als die Gestaltung von neuen
2 Gebäuden. In der Vergangenheit wurden beispielsweise die Rekonstruktion des
3 Neumarktes und die Gestaltung der Waldschlösschenbrücke strittig diskutiert.
4 Heute sorgt die historische Gestaltung des Neustädter Marktes und seit neuestem
5 die Gestaltung eines eventuellen Neubaus der Carolabrücke für Diskussion.
6 Zwischen dem Willen, die europaweit bekannte Schönheit des Alten Dresden
7 zurückzubringen, und dem Wunsch moderner Architektur eine Chance zu geben und
8 damit Dresden zu einer Stadt des 21. Jahrhunderts zu machen, ergibt sich eine
9 scheinbar unüberwindbare Kluft. Besonders die großen Bauprojekte im
10 Stadtzentrum, beispielsweise die Bebauung des Postplatzes oder das neue
11 Verwaltungszentrum, ziehen dabei viel Aufmerksamkeit auf sich.

12 Um attraktive Orte in der Stadt zu schaffen, in denen sich Menschen gern
13 aufhalten, muss die architektonische Gestaltung stimmen. Wir als
14 Sozialdemokrat:innen sollten dabei ein besonderes Interesse daran haben, den
15 städtischen Raum als sozialen Ort zu stärken. Wir möchten deswegen in der
16 Öffentlichkeit eine Debatte anstoßen, wie dies gelingen kann.

17 Da das Thema komplex ist und zwischen Expert:innenwissen und persönlichen
18 Präferenzen der Stadtgesellschaft austariert werden muss, soll die SPD Dresden
19 eine Projektgruppe gründen, die sich damit beschäftigt, wie Architektur
20 attraktiv für die Dresdner Gesellschaft gestaltet werden kann. Die Projektgruppe
21 soll dabei Vorschläge erarbeiten, wie:

- die Bevölkerung stärker ihre Vorstellung über die Gestaltung des

23 öffentlichen Raumes in die Stadtplanung einfließen lassen kann. Das Motto:
24 Mehr Demokratie im Städtebau wagen.

- 25 • private Investoren, die Bauprojekte ausschließlich zur Gewinnmaximierung
26 nutzen, stärker in die Pflicht genommen werden können, eine gute
27 Bauqualität im Interesse der Bürger:innen umzusetzen. Wir wollen
28 nachhaltige Gebäude statt Wegwerfarchitektur.
- 29 • welche Mittel (z.B. Grünflächen, Verkehrsberuhigung, Fassadengestaltung,
30 Raumnutzung) wir als Sozialdemokratie besonders nutzen wollen, um eine
31 lebendige Stadt zu schaffen, die für ihre Bürger:innen geplant ist.

32 Die Projektgruppe soll ihre Vorschläge beim nächsten Unterbezirksparteitag als
33 Antrag zur Debatte bringen und anschließend in der Öffentlichkeit kommunizieren.

Begründung

Die Gestaltung unserer Stadt beschäftigt auch uns als Ortsverein Dresden-Mitte sehr. Insbesondere bei uns im Stadtzentrum werden viele Gebäude gebaut, die repräsentativ sein sollen und das Stadtzentrum ist in besonderer Weise ein Ort des Zusammenkommens. Wir glauben, dass das Thema jedoch zu komplex ist, als dass ein einzelner Ortsverein einen fertigen Vorschlag präsentieren kann, der verschiedene Ansichtsweisen und Interessen angemessen abbildet. Deswegen würden wir uns freuen, wenn wir eine größere Debatte in der SPD Dresden anregen könnten.

Antrag

Initiator*innen: Jusos Dresden (dort beschlossen am: 14.10.2022)

Titel: Mobilität, aber Einfach!

Antragstext

1 Die SPD Dresden möge auf dem Unterbezirksparteitag beschließen mit dem Ziel an
2 die SPD Stadtratsfraktion weiterzuleiten:

3 Die Mobilität muss sich in unseren Städten in den folgenden Jahren stark
4 verändern. Aufgrund des Klimawandels und der immer weiter aufheizenden
5 Innenstädte, ist es an der Zeit Alternativen zum motorisierten Individualverkehr
6 zu nutzen. Hierbei müssen jedoch nicht zwangsläufig neuartige Mobilitätskonzepte
7 entwickelt werden, denn diese sind bereits vorhanden. Diese müssen allerdings
8 vermehrt genutzt werden. Um die Nutzung von Alternativangeboten innerhalb des
9 Stadtgebiet Dresden zu fördern, sollten die bestehenden Barrieren und
10 Nutzungshürden behoben werden. Es braucht eine Vereinfachung um die Alternativen
11 zu erkennen, zu nutzen und letztendlich auch zu bezahlen.

12 Es existieren bereits sehr viele Mobilitätsapps auf dem Markt. So gibt es
13 bereits eigenständige Apps für ausleihbare Elektroroller, für Fahrräder, für
14 ÖPNV, für Car-Sharing und On-Demand Verkehrsangebote in den Stadträndern. All
15 diese Apps besitzen eine individuelle Benutzeroberfläche, Buchungssystem sowie
16 eigene Bezahlungsarten. Um in diesen Punkt eine Verkehrswende nun in die Wege zu
17 leiten, braucht es eine bessere Benutzerfreundlichkeit um die bestehenden
18 Angebote besser nutzen zu können. Diese könnte eine Allgemeine Mobilitätsapp
19 bringen.

20 Wir werden aus diesen Gründen eine Regelung in die Wege leiten welche besagt,
21 dass die Stadt Dresden eine Mobilitätsapp anbieten muss, welche alle
22 Mobilitätsangebote enthält. Hierbei sollen alle Angebote auch in Kombination
23 angeboten werden und mit nur einem einzigen Bezahlvorgang genutzt werden können.

24 Die App und die dazugehörigen Datenschnittstellen können eigens entwickelt
25 werden oder in Kooperation mit bereits bestehenden Anbietern erfolgen. Die
26 rechtlichen Rahmenbedingungen müssen dafür geschaffen und die Verkehrsanbieter
27 überzeugt werden. Hierbei dürfen ebenfalls durch die App keine
28 marktwirtschaftlichen Vorteile für einzelne Verkehrsbetriebe entstehen. So soll
29 die App lediglich der Information über bestehende Angebote und der einheitlichen
30 Bezahlung dienen

Begründung

Schon jetzt existieren bereits solche Appanbieter. Eine der Größten Anbieter ist hierbei die Mobility inside Holding GmbH & Co. KG, welche mit bereits über 20 Partnern in 10 Tarifzonen kooperiert. Schaut man sich die Trendprognosen des Modal-Splits dieser Tarifzonen bzw. Städte an, kommt man zu dem Ergebnis, dass die Nutzung des motorisierten Individualverkehrs von Jahr zu Jahr geringer wird. Dies ist ein entscheidender Faktor um als Stadt die Klimaneutralität anzustreben.

Als Beispiel hierfür gilt die Stadt Leipzig bzw. die Tarifzone der Leipziger Verkehrsbetriebe. Hier wird laut dem Verkehrs- und Tiefbauamt Leipzig bei der Entwicklung der Verkehrsmittelanteile der Autoverkehr in Zukunft immer weiter abnehmen. Auch diese Tarifzone ist Teil des Mobility-Inside Programms.

Es zeigt sich also, je einfacher die Benutzung und Buchungen verschiedener Verkehrsbetriebe sind, desto häufiger werden diese ebenfalls auch genutzt. Diesen Vorteil sollte die Stadt Dresden sich bei ihrem gut ausgebauten ÖPNV Netz zunutze machen und eine solche App anbieten.

Antrag

Initiator*innen: OV Dresden-Pieschen (dort beschlossen am: 26.09.2024)

Titel: Die Bahn muss sich bewegen! – Grünfläche für Pieschen

Antragstext

Der Unterbezirksparteitag der SPD Dresden möge beschließen:

1. Die SPD Dresden fordert die Deutsche Bahn zum Verkauf der Flächen zwischen Harkortstraße, Haltepunkt Pieschen und den Bahngleisen parallel zur Riesaer Straße bzw. Leisniger Straße an die Stadt Dresden auf.
2. Der SPD Dresden fordert die Umwandlung der genannten Brachfläche in eine Parkfläche zur Naherholung und zur Klimaanpassung.
3. Die für die Umwandlung erforderlichen Schritte werden unmittelbar auf den Weg gebracht.

Begründung

Der Stadtteil Pieschen ist einer der am stärksten von Hitze betroffenen Stadtteile Dresdens. Die Belastung für die hier lebenden mehr als 50.000 Menschen steht in einem krassen Missverhältnis zum Angebot an notwendigen Park- und Grünflächen mit Bäumen, die ausgleichend auf Hitzebelastungen wirken können. Es besteht dringender Handlungsbedarf zur Klimaanpassung in unserem Stadtteil, um die Gesundheit der hier lebenden Menschen nicht durch Hitzefolgeerscheinungen zu beeinträchtigen.

Die Fläche zwischen Harkortstraße, Haltepunkt Pieschen und den Bahngleisen parallel zur Riesaer Straße bzw. Leisniger Straße befindet sich im Besitz der Deutschen Bahn und wird von dieser nicht selbst genutzt, sondern - in Teilen – für Externe zur Verfügung gestellt zur Lagerung von Baustoffmaterialien und

Baufahrzeugen. Während sich die Bahn vor einigen Jahren noch verkaufsbereit zeigte, werden entsprechenden Bemühungen nun pauschal abgeblockt – ohne dass für das Gebiet eine sinnvolle anderweitige Nutzungsperspektive aufgezeigt wird.

Eine Umwandlung der Fläche in eine Grün- und Parkanlage würde das Klima in Pieschen positiv verändern. Die hier lebenden Menschen hätten eine wohnortnahe Möglichkeit der Erholung, der Begegnung und damit der Steigerung ihrer Lebensqualität.

Grünflächenpolitik ist soziale Politik. Wir erreichen Menschen, die sich eine weniger durch Hitze belastete Wohnsituation nicht leisten können. Wir wollen die Lebensqualität für die hier lebenden Menschen verbessern und fordern die Verantwortlichen der Stadt Dresden auf, in einem ersten Schritt Gespräche mit der Deutschen Bahn zu führen, um die Fläche durch die Stadt Dresden zu kaufen.

Antrag

Initiator*innen: Jusos Dresden (dort beschlossen am: 14.10.2022)

Titel: Fernkältenetz für Dresden

Antragstext

1 Der SPD Unterbezirksparteitag möge beschließen und an die SPD-Stadtratsfraktion
2 weiterleiten:

3 Die Sommer werden heißer und der Absatz von energiehungrigen Klimaanlage
4 erreicht jedes Jahr ein neues Rekordhoch: Ein selbstverstärkender Effekt in
5 mehrfacher Hinsicht. Der zusätzliche Energieverbrauch verstärkt den Klimawandel
6 und die Klimaanlage vor Ort geben Hitze an die Umgebung ab – heizen Städte also
7 zusätzlich auf.

8 Große Fernkältenetze, wie sie aus Chemnitz, München oder Hamburg bekannt sind,
9 sind eine gute Lösung für heiße Sommer in unseren Breiten. Durch die zentrale
10 Nutzung von natürlichen Kältevorkommen wie Flüssen oder
11 Absorptionskältemaschinen kann höchst energieeffizient, kostengünstig und ohne
12 extrem klimaschädliche Kältemittel wie R410A und R32 die Stadt mit einem
13 Fernkältenetz mit Kälte versorgt werden.

14 In Dresden gibt es durch die DREWAG bereits erste Möglichkeiten zur Fernkälte am
15 Dresdner Neumarkt, am Wiener Platz und am Dresdner Hauptbahnhof. Dieses
16 bestehende Netz inkl. zugehöriger Kälteanlagen soll mit Unterstützung der Stadt
17 drastisch ausgebaut werden. Zudem soll innerhalb der Bevölkerung ein Verständnis
18 für die Vorteile der Fernkältenetze im Vergleich zu den individuellen
19 Kälteversorgungskonzepten geschaffen werden. Gleichzeitig ist die Neuinstallation
20 von privaten Klimaanlage im Zusammenhang mit dem Ausbau sukzessive im
21 Stadtgebiet zu unterbinden.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag

Initiator*innen: OV Dresden-West (dort beschlossen am: 25.09.2024)

Titel: Erneute Prüfung auf Wirtschaftlichkeit für das
Pumpspeicherwerk Cossebaude auf Erneuerung
der energietechnischen Anlagen und deren
Betrieb als Energiespeicher

Antragstext

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an die SPD-Stadtratsfraktion und
2 SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:

3 Die Stadt Dresden wird beauftragt gemeinsam mit dem Betreiber der Anlage eine
4 erneute Prüfung der Wirtschaftlichkeit über die Erneuerung der
5 energietechnischen Anlagen und deren Betrieb als Energiespeicher durchzuführen.
6 Die Wirtschaftlichkeitsprüfung soll dabei unter der Annahme geänderter
7 Randbedingungen in Form einer Netzentgeltbefreiung stattfinden. Dabei soll auch
8 ein Konzept für den Weiterbetrieb des Freibads im unteren Staubecken erstellt
9 werden.

Begründung

Größere Mengen elektrischer Energie zu speichern, ist immer noch eine technische Herausforderung. Um die Energieversorgung aber weitgehend auf regenerative Energien umstellen zu können, muss dieses Problem gelöst werden.

Das Pumpspeicherkraftwerk kann hierzu einen wertvollen Beitrag leisten. Die energietechnischen Anlagen des Pumpspeicherwerks Cossebaude müssten vor einem Weiterbetrieb erneuert werden.

Bisherige Prüfungen auf Wirtschaftlichkeit vielen negativ aus, aufgrund des lagebedingten niedrigen

Wirkungsgrades und der Einordnung von Pumpspeicherkraftwerken als Stromverbraucher. Die Einordnung als Stromverbraucher belastet den wirtschaftlichen Betrieb des Pumpspeicherkraftwerks mit Netzentgelten.

Eine aktuelle Gesetzesinitiative auf Bundesebene würde die Belastungen durch Netzentgelte beseitigen und damit den Betrieb unter anderen Rahmenbedingungen wirtschaftlich sinnvoll ermöglichen.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw05-pa-klimaschutz-energiespeicher-970104>

Antrag

Initiator*innen: Unterbezirksparteitag der SPD Dresden (dort beschlossen am: 26.10.2024)

Titel: Heizungsplan in Dresden mit allen politischen Kräften vereinbaren

Antragstext

- 1 Der Unterbezirksparteitag der SPD Dresden möge beschließen:
- 2 Die SPD-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden wird ersucht, sich mit
- 3 allen zu Gebote stehenden Möglichkeiten dafür einzusetzen, dass die auf der
- 4 Grundlage des Gesetzes für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der
- 5 Wärmenetze (Wärmeplanungsgesetz – WPG) gebotene und in § 4 WPG kodifizierte
- 6 Wärmeplanung nicht vor dem Ablauf des ersten Quartals des Jahres 2026 im
- 7 Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden beschlossen wird.

Antrag

Initiator*innen: OV Dresden-Plauen (dort beschlossen am: 27.09.2024)

Titel: Erweiterung der Legal Plains für Urbane Graffiti
Art im gesamten Stadtgebiet

Antragstext

- 1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an die Stadtratsfraktion
2 weiterleiten:
- 3 Die Stadtratsfraktion wird beauftragt sich im Stadtrat für eine Erweiterung der
4 sogenannten Legal Plains für Graffiti Kunst einzusetzen.
- 5 Besonders in Betracht zu ziehen sind vorhandene oder entstehende Treffpunkte
6 jugendlicher Subkultur wie Skateparks oder Bikeareale, aber auch in Sanierungen
7 und Erweiterungen von Parkanlagen, zuletzt die BUGA 2033 selbst.

Begründung

Mit Legal Plains sind legale Flächen für Graffiti-Kunst gemeint. 2016 schuf die Stadt Dresden davon ganze 6 Stück. Seitdem gab es keinerlei Erweiterung.

<https://www.spikedresden.de/spike-urban/urban-art/legal-plains>

Für eine Großstadt wie Dresden ist dies absolut nicht ausreichend. Graffiti ist eine urbane oft vergängliche Kunstform, die v.a. - jedoch nicht ausschließlich - unter Jugendlichen weit verbreitet ist (siehe BANKSY).

Legale Graffitiflächen bieten Sprayern die Möglichkeit ihre Kunst außerhalb von Diskriminierung und Illegalität auszuüben. Sie sind Ausdruck urbaner Lebensweise und dienen als sichere und freie Treffpunkte von jungen Menschen.

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Dresden goes international -
Städtebotschafter*innen-Programm einführen

Antragstext

1 Der Unterbezirksparteitag der SPD Dresden möge beschließen und an die Fraktion
2 der SPD im Stadtrat weiterleiten:

3 Wir leben in Zeiten der nahezu vollständigen Globalisierung. Kultureller
4 Austausch ist aus unserer weltoffenen Perspektive nicht nur ein großer Gewinn
5 für unsere Gesellschaft, sondern auch eine Notwendigkeit, um Vorurteile
6 abzubauen und Verständnis aufzubauen. Diesen kulturellen Austausch wollen wir
7 vor allem Jugendlichen möglichst früh in ihrem Leben ermöglichen.

8 Stadt Dresden soll deshalb anregen, mit den Partner*innenstädten einen
9 Städtebotschafter*innen-Programm nach Vorbild Osnabrücks zu starten und hierfür
10 gegebenenfalls auch die Partner*innenschaftsverträge anzupassen.

11 So stellen wir uns solch ein Städtebotschafter*innen-Programm vor:
12 Die Verwaltung jeder teilnehmenden Stadt schafft eine genügend große Zahl an
13 Stellen in ihrer Verwaltung. Auf diesen Stellen können sich (junge) Menschen der
14 Partner*innenstädte bewerben. Die Städtebotschafter*innen sind für ein Jahr in
15 der Verwaltung der Partnerstadt angestellt und erhalten ihre Unterkunft gestellt
16 sowie eine angemessene Vergütung. Sie sind in einer kreativen Art und Weise für
17 den kulturellen Austausch in der Partner*innenstadt verantwortlich (z.B. in Form
18 von Schulbesuchen, Veranstaltungen, usw.).

Antrag

Initiator*innen: OV Dresden-West (dort beschlossen am: 25.09.2024)

Titel: Stadtteilläden in leeren Einkaufspassagen

Antragstext

- 1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an die SPD-Stadtratsfraktion
2 weiterleiten:
- 3 Die Stadt Dresden erstellt ein Konzept zur Nutzung von leeren Einkaufspassagen
4 als Stadtteilläden. Grundzüge des Konzepts sind die Anmietung der Räumlichkeiten
5 durch die Stadt und eine Nutzungsvereinbarung mit Vereinen, welche diese
6 Räumlichkeiten als Stadtteilläden für Freizeit- und Kulturveranstaltung nutzen
7 können.

Begründung

Leere Einkaufspassagen verschlechtern die Lebensqualität in den betreffenden Stadtteilen. Stadtteilläden für Freizeit- und Kulturveranstaltung können die Lebensqualität durch ortsnahe Angebote verbessern.

Antrag

Initiator*innen: Jusos Dresden (dort beschlossen am: 10.08.2024)

Titel: Städtepartnerschaft mit Chmelnyzkyj

Antragstext

1 Der Unterbezirksparteitag der SPD Dresden möge beschließen und an die SPD-
2 Stadtratsfraktion weiterleiten:

3 Solidarität mit der Ukraine ist bisher ein reines Lippenbekenntnis der Stadt
4 Dresden. Aus diesem Grund soll die sog. Solidaritätspartnerschaft mit der
5 ukrainischen Stadt Chmelnyzkyj zu einer formalisierten Städtepartnerschaft
6 ausgebaut werden.

Begründung

Solidarität mit der Ukraine ist, gerade angesichts rasant steigender Umfragewerte für Parteien, die Politik im Namen des russischen Imperialismus treiben, unerlässlich. Solidarität mit der Ukraine heißt aber auch handfeste und greifbare Kooperation auf kommunaler Ebene. Mit der sog. Solidaritätspartnerschaft zwischen Dresden und der ukrainischen Stadt Chmelnyzkyj ist bereits ein erster Schritt in die richtige Richtung getan. Doch der Dresdner Stadtrat kann sich nicht dazu entschließen, darauf aufbauend eine formale Städtepartnerschaft anzubahnen. Die "Argumente", die der Stadtrat zur Begründung seiner Ablehnung einer Städtepartnerschaft anführt, sind mehr als fadenscheinig: Eine Städtepartnerschaft sei derzeit nicht möglich, weil kein touristischer Austausch mit der Ukraine zu erwarten sei. Gleichzeitig wird an der Städtepartnerschaft zu St. Petersburg festgehalten, während auch mit anderen Partnerstädten schon seit Jahren kein nennenswerter Austausch stattfindet. Von dieser Linie muss der Stadtrat endlich abrücken.

Antrag

Initiator*innen: OV Dresden-West (dort beschlossen am: 25.09.2024)

Titel: Erhalt des Schwimmbads „Elbamare“

Antragstext

1 Der Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an die SPD-Stadtratsfraktion
2 weiterleiten:

3 Die Stadt Dresden wird beauftragt mit dem Eigentümer des Schwimmbads „Elbamare“
4 in Kaufverhandlungen einzutreten, um die Immobilie des Bades in den städtischen
5 Eigenbetrieb zu überführen.

6 Sollte ein Kauf durch die aktuelle Belastung des Dresdner Haushalts wegen der
7 Mehrbelastung durch den Einsturz der Carolabrücke aktuell nicht möglich sein,
8 muss das Schwimmbad weiter angemietet werden.

Begründung

Das Schwimmbad „Elbamare“ in Dresden Gorbitz ist ein wichtiger Standort zur Erhaltung der Lebensqualität vor Ort im Dresdner Westen und sollte aus diesem Grund erhalten werden. Die stadtweiten Kapazitäten zur Abdeckung des Schwimmunterrichts sind dabei ein zweitrangiger Faktor. Priorität hat die Erhaltung der Lebensqualität des Stadtteilzentrums in Gorbitz und im Dresdener Westen.

Antrag

Initiator*innen: OV Dresden-West (dort beschlossen am: 25.09.2024)

Titel: Barockes Stadtbild mit historischer
Carolabrücke ausbauen und erhalten

Antragstext

- 1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an die Stadtratsfraktion
- 2 weiterleiten.

- 3 Die Dresdener SPD setzt sich für einen zeitgemäßen Wiederaufbau der Dresdner
- 4 Carolabrücke in historischer Optik ein.

Begründung

Womöglich muss die Dresdner Carolabrücke komplett abgerissen werden. Das bietet die Chance für einen Neubau nach historischem Vorbild.

Aktuell erwartet die Stadtverwaltung, dass die komplette Brücke abgerissen und neu aufgebaut werden muss. Nach dem Einsturz von Brückenzug C der Carolabrücke, sind die anderen beiden Züge ebenfalls beschädigt, wie die Sächsische Zeitung berichtete. Wie lange das dauert und was es kosten wird, kann nicht seriös bestimmt werden. Erste Schätzungen gehen von mindestens 100 Millionen Euro und einem Zeitraum von fünf Jahren aus.

Link:

<https://www.saechsische.de/dresden/lokales/petition-fordert-wiederaufbau-der-dresdner-carolabruecke-nach-historischem-vorbild-6044810-plus.html>

Auf der Internetseite der Landeshauptstadt finden sich mittlerweile zwei Petitionen, diese sollten wohlwollend

durch den Stadtrat und die Stadtverwaltung geprüft werden.

Link:

https://www.dresden.de/de/leben/gesellschaft/buergebeteiligung/epetition.php?ext-ForwardUrl=https%3A//aps.dresden.de/ords/f%3Fp%3D1610%3A3%3A%3A%3ANO%3A%3AP3_P_-ID%3A23184

In einem ersten Schritt soll dafür eine umfassende Prüfung der Machbarkeit des Wiederaufbaus der Carolabrücke nach dem Vorbild der ersten Brücke von 1895 unter Berücksichtigung moderner statischer und verkehrstechnischer Anforderungen" angeschoben werden.

Es ist zu erwarten, dass aufgrund des historischen Stadtkerns unserer Landeshauptstadt die Brücke sich positiv in das Stadtbild einfügen wird. Dies wird zu positiven Auswirkungen im Tourismus führen.

Ferner findet ein historischer Wiederaufbau der Brücke eine breite Mehrheit in der Bevölkerung, wie etwa der Nachbau der Augustusbrücke beweist. Damit steigt die Akzeptanz für harte Sparmaßnahmen zur Finanzierung der Brücke.